

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/119: 11.03.2011 – 18.06.2011

11.03.2011

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 11. März 2011: >>Geschichtspolitik als Herrschaftsinstrument

Die Canossa-Republik

Im Herbst 1989 veröffentlichte Johannes Gross den Band "Phönix in Asche" mit Essays zur deutschen Politik kurz vor der Wende jenes Jahres. Der Autor fragte, warum der deutsche "Phönix" 45 Jahre nach der Katastrophe noch immer "im Nest" hocke. Der kluge Konservative konstatierte einen unverkennbaren "Substanzverlust der deutschen Politik, der durch Moralisieren aufgefüllt wird", durch eine eigentümlich ritualisierte Reue. Und dann fielen Sätze wie Hammerschläge: "Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen."

Wie war es dazu gekommen?

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war dieser ideologische Krieg in seine zweite, politische Runde gegangen. Das Ziel der Sowjetunion war die Durchsetzung des "Antifaschismus" sowjetmarxistischer Prägung im besiegten Deutschland. Die Vereinigten Staaten begannen ihr Programm der Umerziehung der Deutschen – weg von ihren sogenannten autoritären und militaristischen Traditionen hin zu den westlichen Werten der Demokratie und des Individualismus. Dem totalitären Druck in der SBZ und DDR gelang gegen manchen Widerstand die weitgehende Durchsetzung der sowjetischen Staatsideologie.

Die Westdeutschen benötigten in ihrer großen Mehrheit nicht der Nachhilfe durch die amerikanische Umerziehung, um den totalitären Charakter der NS-Diktatur und ihre Verbrechen zu erkennen. Die erste frei gewählte westdeutsche Regierung verfolgte ihren Kurs der Westoption und der Wiedergewinnung der Bündnis- und Politikfähigkeit zielstrebig und selbstbewußt. Gegen den Druck der Sowjetunion, die bis vor die Tore Hamburgs und in die deutsche und europäische Mitte vorgedrungen war, wuchs hier ein antikommunistischer und antitotalitärer Konsens, der weit in die Sozialdemokratie hineinreichte.

In Westdeutschland entfaltete sich eine gründliche "Aufarbeitung" der nationalsozialistischen Vergangenheit. Der KZ-Häftling Eugen Kogon unterrichtete als erster die Deutschen über den SS-Staat und sein Konzentrationslagersystem schon 1947. Der Historiker Gerhard Ritter, im Dritten Reich im Widerstand aktiv, ließ in seinen Büchern, Vorlesungen und zahlreichen Vorträgen keinen Zweifel an den "scheußlichen Untaten" des "Abenteurers" Adolf Hitler. In einem vierbändigen Werk gab er eine kritische Gesamtdarstellung der Geschichte des preußisch-deutschen Militarismus.

Wie er arbeitete auch der aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrte Hans Rothfels über "Die deutsche Opposition gegen Hitler" (1949) und vermittelte ganzen studentischen Generationen ein umfassendes Bild der Zeitgeschichte seit dem Ersten Weltkrieg. Ludwig Dehio

entwarf in seinem Werk "Gleichgewicht oder Hegemonie" (1948) das große Panorama der europäischen Staatengeschichte in der Neuzeit. In Westdeutschland wurden die NS-Verbrechen ernsthaft und kritisch aufgearbeitet, ohne daß es dazu bestimmter ideologischer Antriebe und Vormünder bedurfte.

Ein Wendepunkt kündigte sich an, als in den Weihnachtstagen 1959 Unbekannte Hakenkreuze und Naziparolen an Synagogen in Köln, Frankfurt und anderen westdeutschen Orten schmierten.

Die Kommunisten in Ost-Berlin und Moskau nahmen die Vorfälle sogleich zum Anlaß einer intensiven Kampagne gegen die Bundesrepublik, wo sich angeblich "nazifaschistische" und "antisemitische" Kräfte wieder zu Wort meldeten. Eilfertig griffen nun auch viele Medien in Westdeutschland die "antifaschistischen" Parolen aus dem Osten auf. Das Hamburger Medienkartell um Spiegel, Stern und Zeit bis hin zum Westdeutschen Rundfunk und zur Süddeutschen Zeitung knüpften daran die Forderung, endlich mit der "Bewältigung" der "braunen" Vergangenheit Ernst zu machen.

Es war die Geburtsstunde jener penetranten Geschichtspolitik, die fortan die innenpolitische Debatte in der Bundesrepublik bestimmen sollte. Rasch ordneten die westdeutschen Kultusminister eine verstärkte Beschäftigung mit der NS-Geschichte im Unterricht der Schulen an. Es begann eine nicht immer sachgerechte öffentliche und pädagogische Debatte über die bisher angeblich unterbliebene Vergangenheitsbewältigung. Als einige Jahre später durch Überläufer bekannt wurde, daß die Vorfälle zu Weihnachten 1959 vom tschechoslowakischen Geheimdienst im Auftrag des sowjetischen KGB organisiert worden waren, war die inzwischen angelaufene Geschichtspolitik längst zum Selbstläufer geworden, und kaum jemand erinnerte noch an ihre Auslösung durch die sowjetkommunistische Agitation.

Der Vorgang lieferte das Paradigma aller nachfolgenden geschichtspolitischen Kampagnen in der Bundesrepublik, die als Schuldkult oft exzessiv betrieben werden und schon dadurch ihre Glaubwürdigkeit untergraben. Am Beginn stand Ende der fünfziger Jahre das Interesse der Sowjetunion, die Bundesrepublik als immer noch "faschistisch" zu diskreditieren und dadurch nach innen und außen zu schwächen. Neben diese sowjetmarxistische trat auch eine westliche, vor allem amerikanische Variante der sich in den sechziger Jahren ausbreitenden Geschichtspolitik. Sie knüpfte an die Umerziehung der ersten Nachkriegszeit an und reifte zu ihrem zweiten kritischen Stadium heran.

Die "Kritische Theorie" der Frankfurter Schule trat ihren Höhenflug an, deren Strategen und Adepten mit ihrer sozialistischen und egalitären Leitideologie nicht weniger anstrebten als eine Um- oder Neugründung der Bundesrepublik. Entsprechende Meinungskartelle breiteten sich in der Medienlandschaft aus, "fortschrittliche" Pädagogen und Theologen der Nachkriegsgeneration bildeten bald ihren Massenanhang. "Vergangenheitsbewältigende" Psychotherapeuten wie Alexander Mitscherlich mit seinem einflußreichen Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" (1967) erzeugten in der Studentenbewegung zeitweise einen wahren Schuldkult.

Historiker wie Fritz Fischer mit seinem Werk "Griff nach der Weltmacht" (1961) über die Kriegsziele der deutschen Eliten im Ersten Weltkrieg öffneten vielen in der nachwachsenden Generation den Weg zu geschichtspolitischem Eifer ohne die für das historische Urteil nötige Allseitigkeit und Differenzierung.

Einige führende Aktivisten der Studentenbewegung wie Gerd Koenen oder Götz Aly haben später eingeräumt, daß hier – kaum 20 Jahre nach dem Untergang des Nationalsozialismus, nur diesmal unter "antifaschistischen" Vorzeichen – ein neuer totalitärer Staats- und Gesellschaftsmythos entstand mit seinem "Sieg der Gesinnung über die Urteilskraft, neuen Zentren politischer Heilsgewißheit, wirklichkeitsüberlegener Besserwisserei von penetrantem Moralismus und eifernder Intoleranz" (Hermann Lübke).

Treffend hatte Hans Rothfels das Wesen der Geschichtspolitik schon in seiner Auseinandersetzung mit dem Versailler Vertrag und seinem Artikel 231 über die deutsche Alleinschuld am Ersten Weltkrieg bloßgelegt. Rothfels erkannte den Vertrag als geschichtspolitisches Dokument par excellence, denn hier versuchten die alliierten Sieger von 1918, so Rothfels, "in pharisäischem Selbstbewußtsein" Geschichte nach den moralischen und juristischen Kategorien von "Unschuld und Verbrechen" zu bewerten.

Doch die zentralen Kategorien geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis seien nun einmal nicht Schuld und Sühne, sondern "Ursache und Wirkung". Moralische Urteile sollten nur als Ergebnis einer eingehenden Analyse des ganzen Netzwerkes der Akteure, ihrer Handlungen und Motive sowie der damit verbundenen Wechselwirkungen getroffen werden.

Ganz ähnlich haben sich 2008 französische Historiker in ihrem "Appell von Blois" für die Freiheit der Geschichtsforschung und gegen "die retrospektive Moralisierung der Geschichte" ausgesprochen und festgestellt, "daß es in einem freiheitlichen Staat keiner politischen Autorität zusteht, die historische Wahrheit zu definieren". Diese Grenzziehung wird auch deutschen Politikern zur Beachtung empfohlen, wenn sie sich öffentlich etwa zur angeblichen deutschen Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 oder – ebenso leichtfertig – über 1945 als Datum der "Befreiung" der Deutschen durch die Alliierten äußern.

Auch der sogenannte "Historikerstreit" im Jahr 1986 war alles andere als ein Inhalts- oder Methodenstreit unter Historikern, wie sein Name suggerierte, sondern eine prinzipielle Konfrontation zwischen der modisch gewordenen Geschichtspolitik und angesehenen deutschen Historikern.

Der Sozialphilosoph Jürgen Habermas bezichtigte nicht nur Ernst Nolte, Andreas Hillgruber und Michael Stürmer, in ihren Werken mehr oder weniger "Apologie" des Nationalsozialismus zu betreiben. Er vertrat mit vehementem Selbstbewußtsein auch seine ideologische Position des Universalismus, die subjektive Vision der mit historischer Notwendigkeit heranwachsenden universellen ökonomischen, kulturellen und politischen Einheit der Welt, die die bisherigen "partikularen" nationalen, ethnischen und kulturellen Ordnungen hinter sich lassen werde.

Der Zeitgeist des Jahres 1986 sprach Habermas zwar den Siegeslorbeer im Historikerstreit zu. Doch schon drei Jahre später begann jener welthistorische Umbruch, der zunächst als Sieg des Westens im Kalten Krieg gedeutet wurde, der sich indessen aber immer deutlicher als der Beginn einer neuen weltgeschichtlichen Epoche im Zeichen des Wiederaufstiegs Asiens erweist und die geschichtspolitischen Spekulationen des deutschen Sozialphilosophen widerlegt beziehungsweise die Positionen der Historiker bestätigt.

Welchen Eindruck diese eigentümliche "deutsche" Geschichtspolitik bei Ausländern mit historisch-politischer Bildung und moralischer Sensibilität hervorruft, zeigte die Rede, die der Präsident Estlands, Lennart Meri, zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 auf Einladung der Bundesregierung in Berlin hielt. Ihre zentralen Sätze lauteten:

"Deutschland ist eine Art Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue. Aber wenn man die Moral zur Schau stellt, riskiert man, nicht ernst genommen zu werden. ... Für mich als Este ist kaum nachzuvollziehen, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen angetan wurde, ohne schief angesehen zu werden – aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst."

Es verwunderte nicht, daß Meris Berliner Rede vom deutschen Establishment kühl aufgenommen wurde, denn dieser kluge Freund der Deutschen legte die Finger in die geistigen Wunden des großen Volkes in Mitteleuropa, das 1945 die schwerste Katastrophe seiner Geschichte erlitten hatte: sein so häufiges politisches Unvermögen, von dem seine Geschichte immer wieder berichtet, und seine kompensatorische Neigung zur Flucht in hypermoralische

Praxis und lautstarke moralische Betroffenheit. Dagegen postulierte Meri, daß gute und erfolgreiche Politik nur mit Selbstachtung betrieben werden kann, ohne Tabuisierung der eigenen Geschichte und Tradition.<<

Japan: Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutet am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertrinken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignet sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden muß.

19.03.2011

Libyen: Am 19. März 2011 beginnt der Libyenkrieg (Kriegsende: 23. Oktober 2011). Während des Krieges führt die NATO etwa 10.000 Angriffsflüge durch, die etwa 70.000 Bombenopfer fordern.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Libyen-Krieg von März bis Dezember 2011 (x348/60-62):

>>**Sex, Lügen und Videos**

_von Raphael-Maria Grünwald/Andrea Ricci

Libyen: Im Krieg gegen den "irren Gaddafi-Clan" griff die westliche Propaganda auf bewährte Muster zurück. Ein kleiner Streifzug durch die Bomben-Argumente.

Der Libyen-Krieg war genau drei Tage alt, da meldete sich am 22. März 2011 Joseph ("Joscha") Fischer in der Süddeutschen Zeitung zu Wort. "Westerwelle", so Fischer, habe "den Schwanz eingezogen", als es im UN-Sicherheitsrat zur Abstimmung kam und Deutschland sich der Stimme enthielt. Angeblich seien in Libyen "unmittelbare deutsche und europäische Sicherheitsinteressen" berührt...

Wie sich die Debatte im Nachgang zu Deutschlands Stimmenthaltung in der UNO entwickelte, steht exemplarisch für die das Strickmuster der Kriegslegitimation, das sich im Westen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks durchgesetzt hat. An zentraler Stelle steht das "Appeasement- beziehungsweise München-Argument", also der Verweis auf das britische Gewährenlassen der reichsdeutschen Annexion des Sudetenlandes im Münchner Abkommen 1938.

Natürlich funktioniert das Argument dann besonders gut, wenn der jeweilige Schurke gleich zum "Wiedergänger Hitlers" aufgeblasen wird, wie es Hans Magnus Enzensberger 1991 bei Saddam Hussein gemacht hat. Später wurde der Braune Peter an Slobodan Milosevic, Osama bin Laden und Mahmud Ahmadinedschad weitergeschoben.

Ähnlich beliebt sind Zuschreibungen aus der klinischen Psychiatrie. Nach dem "Irren von Bagdad", dem "Irren von Belgrad" und dem "Irren von Pjöngjang" tat sich die Bild-Zeitung mit Schlagzeilen wie "Das ist der irre Gaddafi-Clan" (23.2.2011) oder "Bereitet der irre Despot seine Flucht vor?" (23.3.2011) hervor.

Auch die evangelische Theologin Margot Käßmann bekannte: "Wir müssen die Libyer vor einem irrsinnig gewordenen Diktator schützen." (Zeit, 20.3.2011) Selbst Noch-Bundespräsident Christian Wulff brillierte mit ferndiagnostischen Fähigkeiten: "Gaddafi ist ein Psychopath". (Welt, 25.2.2011)

Arabischer Frühling

Der erste NATO-Krieg gegen ein muslimisches Land seit Afghanistan war leicht zu verkaufen, weil der Beschlußfassung in der UNO eine Resolution der Arabischen Liga vorausgegangen war, die ebenfalls die Durchsetzung einer Flugverbotszone gefordert hatte.

Für den flüchtigen Medienkonsumenten mochte es so aussehen, als ob der sogenannte arabischer Frühling, der in anderen Ländern der Region wie Tunesien und Ägypten zum Rücktritt altgedienter Despoten geführt hatte, nun auf Libyen übergegriffen habe. Die NATO erschien nicht als Aggressor, sondern als Helfer einer Demokratiebewegung. ...

Doch im Unterschied zu den bis dahin gewaltfreien Rebellionen in Kairo und Tunis waren die

libyschen Rebellen von Anfang an aggressiv vorgegangen. Bereits im Februar 2011 wurden vielerorts nicht nur Polizeistationen, sondern alle Arten öffentlicher Gebäude niedergebrannt. Besonders empörend: In der Großstadt Al-Baida wurden am "Tag des Zorns" fünfzig als "Söldner" bezeichnete Schwarzafrikaner exekutiert - eine Form rassistischer Gewalt, an der sich die Menschenrechtsfreunde im Westen aber nicht störten. Ende März 2011 meldete die New York Times, daß die CIA die Rebellen bereits "seit Wochen mit verdeckten Aktionen" unterstützte.

Die Rebellen verübten in zahlreichen Fällen Lynchjustiz an Schwarzafrikanern, in ihren Augen "Söldner Gaddafis".

Und: Der Beschluß der Arabischen Liga (AL), mit dem die USA, Frankreich und Großbritannien Druck auf den UN-Sicherheitsrat ausübten, war herbeigetrickst: Wie die Asia Times berichtete, waren von den 22 AL-Vollmitgliedern nur 11 bei der Abstimmung anwesend. Sechs von ihnen waren Mitglieder des Golf-Kooperationsrates (GCC), dem von den USA unterstützten Club von Königreichen oder Scheichtümern: Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Qatar, Oman und Vereinigte Arabische Emirate (VAE).

Es war der GCC, der zuerst für eine Flugverbotszone stimmte und mit diesem Votum zur Sitzung der Arabischen Liga marschierte. Saudi-Arabien hatte nur drei weitere Mitglieder zu "verführen", um neun Stimmen zu bekommen. Syrien und Algerien stimmten dagegen. Im Klartext: Von 22 Mitgliedern der Arabischen Liga stimmten nur neun für die Flugverbotszone. Qatar profitiert unmittelbar: Seine zwei Mirages machen bei der Bombardierung Libyens mit, während sich sein Hafen Doha auf die Vermarktung Ost-libyschen Öls vorbereitete.

Lügen um Bengasi

Um die westliche Öffentlichkeit auf Krieg einzustimmen, wurde im Februar/März 2011 besonders Bengasi zum Opfersymbol aufgebaut. Die ostlibysche Stadt war am 20. Februar von den Rebellen erobert worden und wurde in der Folge von Regierungstruppen belagert.

Daniel Cohn-Bendit, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Europaparlament, trommelte: Wenn man "nicht etwas macht, dann wird Gaddafi zum Beispiel zum Einnehmen der Stadt Bengasi bereit sein, zum Beispiel Giftgas anzuwenden".

US-Außenministerin Hillary Clinton sprach später von "einem zweiten Srebrenica an einem Ort namens Bengasi". In einer Ansprache am 1. April 2011 stellte US-Präsident Barack Obama den Krieg als Rettung in letzter Minute dar: "Wir sind eingeschritten, um ein Massaker zu verhindern."

Dabei hatte selbst US-Verteidigungsminister Robert Gates der Greuelpropaganda zunächst widersprochen: "Gates sagte, daß das Pentagon keine Bestätigung dafür habe, daß Revolutionsführer Gaddafi seine Bevölkerung tatsächlich aus der Luft habe beschießen lassen. Er habe das bisher nur Presseberichten entnommen." (FAZ, 3.3.2011) Auch der Bundesregierung lagen "keine detaillierten Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten vor", so ihre Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken-Politikerin Sevim Dagdelen vom April 2011.

Am 7. März 2011 sendete der russische Fernsehsender Russia Today (RT) eine Reportage aus der angeblich todgeweihten Rebellenhochburg. Die Bilder aus Bengasi zeigten eine Urlaubersstadt am Meer, in der Kinder am Strand spielten und die Geschäfte voller Kunden waren. Das Leben auf den Straßen und Plätzen war gelöst, Angst vor Luftangriffen herrschte augenscheinlich nicht.

Allerdings konnten die RT-Reporter beobachten, wie ein Team des qatarischen Senders Al Djazeera auf einer etwas erhöhten Terrasse seine Kamera aufbaute und die Menschen auf dem Platz aufforderte, nach vorn zu kommen um Anti-Gaddafi-Parolen zu rufen. Ein Al Djazeera-Mitarbeiter führte wie ein Dirigent Regie, während seine Kameramänner die "Wut" auf den Diktator filmten, die kurz darauf in die Wohnzimmer Europas und Amerikas flimmerten.

Wie dreist die Unkenntnis der westlichen Medienkonsumenten über Libyen von den Medien ausgenutzt wurde, zeigt ein weiteres Beispiel aus Bengasi. Die amerikanische UN-Botschafterin Susan Rice behauptete Ende April 2011, an libysche Regierungstruppen werde Viagra verteilt. Prompt titelte der Kölner "Express": "Gaddafi-Soldaten mit Viagra vollgepumpt". Das Schweizer Boulevard-Blatt Blick setzte noch einen drauf: "Gaddafis Schergen vergewaltigen Frauen und Kinder." Einzige Quelle der ganzen Viagra-Geschichte: ein angeblicher Arzt namens Chalifa al Scharkassi. Wer dieser Scharkassi und wie glaubwürdig er ist, wollte niemand wissen.

Wie fadenscheinig die Behauptung ist, zeigt sich selbst beim flüchtigen Lesen des Blick-Artikels: "In Bengasi, so der Arzt, seien mehr als 100 Frauen von den Soldaten des Regimes vergewaltigt worden - während ihre Männer an der Front kämpften." Gaddafi-Soldaten sollen Massenvergewaltigungen ausgerechnet in Bengasi vorgenommen haben - also der Stadt, die seit Beginn des Bürgerkrieges die wichtigste Hochburg der Rebellen und mittlerweile Sitz ihrer Gegenregierung war?

Einseitigkeiten

Ende Mai 2011 kam dann eine neue Beschuldigung von Massenvergewaltigungen, die angeblich libysche Soldaten begangen hätten. Die in Großbritannien ausgebildete Psychologin Seham Sergewa behauptete bei CNN, sie habe 70.000 Fragebögen an Libyer verschickt, davon seien rund 60.000 zurückgeschickt worden und mehr als 200 davon hätten ein Kreuz bei der Frage gemacht, ob sie von Regierungstruppen vergewaltigt oder sexuell mißbraucht worden seien. Luis Moreno Ocampo, Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes ICC in Den Haag, behauptete daraufhin, er habe nun eindeutige Hinweise darauf, daß Gaddafi Massenvergewaltigungen angeordnet habe.

Keine einzige dieser Anschuldigungen konnte durch Fakten gestützt werden - sogar bei Amnesty International reagierte man verwundert. Auch von einem "Genozid" könne nicht die Rede sein, so Amnesty International. Eine offizielle Delegation des UN-Menschenrechtsrats unter Leitung von Cherif Bassiouni - einem der Gründerväter des ICC - ging den Vorwürfen von Massenvergewaltigungen nach. Ohne Erfolg. Er und seine Ermittler konnten keine Beweise für die Anschuldigungen finden. (Frankfurter Rundschau, 11.6.2011)

Typisch auch das Desinteresse der Leitmedien an Berichten über Greuelthaten der Rebellen. Immerhin ein Augenzeugenbericht schaffte es am 15. April 2011 in Die Welt. "Vor unseren Augen wurden so viele Menschen erstochen und geköpft." Zum Beweis zeigte der Zeuge ein Video, das er mit seinem Handy aufgenommen hatte. "Darin wird einem am Boden liegenden Mann mit einem langen Messer der Kopf abgeschnitten, was normalerweise nur radikale Islamisten mit ihren Feinden tun. Grausame Bilder, die man kaum ansehen kann."

Aber Die Welt läßt die Leser an ihren Zweifeln teilhaben, "ob das Video tatsächlich aus Misrata stammt, der eine Rebell und der andere ein Soldat der libyschen Armee ist". Diese - journalistisch selbstverständliche - Quellenkritik konnte man allerdings höchst selten bemerken, wenn Videos der Gegenseite über die "Verbrechen Gaddafis" verbreitet wurden.

"Kollateralschäden"

Den NATO-Bomben fielen nicht nur viele Zivilisten, sondern in einigen Fällen "versehentlich" sogar Aufständische zum Opfer. Solche "Kollateralschäden" wurden fallweise Gaddafi in die Schuhe geschoben. So meldete die Tagesschau am 27. März 2011: "Die USA werfen dem libyschen Machthaber Muammar Gaddafi die Inszenierung ziviler Opfer vor. Es gebe zahlreiche Geheimdienstberichte, nach denen Gaddafis Truppen von ihnen getötete Menschen an Angriffszielen der westlichen Allianz plaziert hätten, sagte Verteidigungsminister Robert Gates in einem Interview mit dem TV-Sender CBS News."

Anders sah es offensichtlich der Vatikan, der Ende März schwere Vorwürfe gegen die Alliierten erhob, nachdem bei Luftangriffen auf Tripolis mindestens 40 Zivilisten getötet worden

waren.

Daß mit einem "Menschenfeind" wie Gaddafi kein Waffenstillstand geschlossen werden sollte, zeigte die rigorose Ablehnung von Vorschlägen, die er oder auch die Afrikanische Union gemacht hatten.

So hatte sich Gaddafi Ende April 2011 an die NATO gewandt und Verhandlungen angeboten. Die Libyer bräuchten, so Gaddafi, die Chance, ihre Konflikte selber zu lösen. Falls der Westen das libysche Öl wolle, könne man mit ihren Ölfirmen Verträge abschließen, betonte er. Die NATO und die Rebellen schmetterte diese Initiative mit dem Hinweis ab, daß man erst über Verhandlungen nachdenken werde, wenn die Regierungstruppen wieder in den Kasernen seien. Auf dem letzten Treffen der Libyen-Kontaktgruppe Anfang Mai forderten die USA schließlich, Verhandlungen mit Gesandten Gaddafis generell abzulehnen.

In der Nacht zum 1. Mai 2011 unterstrich die Allianz mit ihrem Luftangriff auf den von Gaddafi bewohnten Bab-al-Azizyah-Komplex in Tripolis - es war bereits der dritte dieser Art -, was sie von seinen Angeboten wirklich hielt. Bei diesem Angriff wurden einer seiner Söhne und weitere Familienmitglieder getötet. Spätestens hiermit haben Washington, London und Paris deutlich gemacht, daß ihr Ziel nicht der von der UN-Resolution 1973 geforderte "Schutz der Zivilbevölkerung", sondern der "Regime-Wechsel" war.

Als Gaddafi selbst am 20. Oktober 2012 gefangen genommen wurde, folterten und exekutierten ihn die Rebellen - so der Abschlußbericht von Human Rights Watch zum ersten Jahrestag des Verbrechens. Peter Scholl-Latour behauptet sogar, gestützt auf französische Militärkreise: "Gaddafi ist mit einer Eisenstange gepfählt worden." (Welt, 14.12.2011) Keiner der Schuldigen wurde vor das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gestellt.<<

21.03.2011

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (12/2011) berichtet am 21. März 2011:
>>**ENERGIE außer Kontrolle**

Unter dem Eindruck der Nuklearkatastrophe in Japan versucht die Kanzlerin eine 180-Grad-Wende in der Atompolitik: Die Regierung will schneller aus der Kerntechnik aussteigen als einst Rot-Grün und die erneuerbaren Energien beschleunigt ausbauen. Ist Merkels neuer Kurs glaubwürdig?

Es ist der übliche Empfang, den die Anti-Atom-Bewegung der Kanzlerin bereitet. "Abschalten", rufen die Demonstranten, als Angela Merkel am vergangenen Mittwoch im badischen Offenburg aus ihrem Dienstwagen steigt.

Keine zwei Wochen sind es mehr bis zur wichtigen Landtagswahl in Baden-Württemberg. In Japan steht ein Kernkraftwerk am Rande des Super-GAUs, und in der badischen Provinz richtet sich der Zorn der Ausstiegsaktivisten gegen eine Kanzlerin, die sie für eine willige Gehilfin der Reaktorindustrie halten. Trillerpfeifen schrillen, Anti-Atom-Plakate werden in die Luft gereckt, Buhrufe sind zu hören. Lautstark ist die Begrüßung, und wenn es nach den Demonstranten geht, soll das für den Rest des Abends so bleiben.

Es kommt anders.

Als die Protestler im Saal ihre Fahnen entrollen, präsentiert sich ihnen eine CDU-Chefin, die sie noch nicht kennen. Aus Merkel, der Kernenergie-Befürworterin, ist Merkel, die Ausstiegskanzlerin geworden. Die "besorgniserregenden Ereignisse" hätten "manches verändert", sagt sie. Sie spricht von der Kernkraft als "Brückentechnologie", von "Vorsorge" und vom "Zeitalter der erneuerbaren Energien". Die Schmährufe werden spärlicher, und dann sagt Merkel einen Satz, der den Saal endgültig zum Schweigen bringt. "Rot-Grün wollte einen Ausstieg bis 2020", ruft sie. "Wenn wir das Ziel schneller erreichen können, um so besser."

Die Republik erlebt eine atemberaubende politische Kehrtwende. Keine sechs Monate ist es her, daß die schwarz-gelbe Koalition die Laufzeiten der deutschen Kernreaktoren um bis zu 14 Jahre verlängert hat. Von einer "Revolution" sprach damals die Kanzlerin, und ihr Stellver-

treter Guido Westerwelle lobte: Eine verantwortungsvolle Politik könne "nicht auf Kernkraft verzichten".

Jetzt will Merkel noch schneller aus der Risikotechnologie aussteigen als selbst ihre rot-grünen Amtsvorgänger. Offiziell sollen die sieben ältesten deutschen Atommeiler lediglich für eine dreimonatige Überprüfung abgeknipst werden. Doch intern ist längst klar, daß mindestens drei Reaktoren endgültig vom Netz müssen.

Es ist, als würde der Papst plötzlich für den Verkauf von Antibabypillen werben. Einst waren die Spitzen der schwarz-gelben Koalition angetreten, das Atomzeitalter zu verlängern. Jetzt liefern sie sich einen bizarren Wettlauf, wer am schnellsten sein Ende einläutet.

Noch ist ungewiß, wie das Reaktordrama im japanischen Fukushima ausgeht. Sicher ist dagegen, daß es die politische Landschaft in Deutschland verändern wird. Die Grünen wollen mit dem Rückenwind der neu aufgeflamnten Atomdebatte die SPD als Führungskraft im linken Lager ablösen, vielleicht schon am nächsten Sonntag in Baden-Württemberg. Umweltminister Norbert Röttgen, dem der Verlängerungsbeschluß die schlimmste Niederlage seiner Amtszeit beschert hatte, darf auf einen Wiederaufstieg als Merkels oberster Abschaltstrategie hoffen. Und die Union gibt eines ihrer letzten verbliebenen politischen Alleinstellungsmerkmale auf. Deutschland, einig Ausstiegsland.

Es ist ein riskantes Spiel, das Merkel begonnen hat, und derzeit spricht wenig dafür, daß sie am Ende als Gewinnerin den Platz verläßt. Zu abrupt ist der Schwenk, zu schlecht ist er vorbereitet. In den eigenen Reihen fürchten viele, daß Merkels sogenanntes "Moratorium" juristisch schwach unterfüttert ist, und sie sorgen sich um die Glaubwürdigkeit des bürgerlichen Lagers. Kann sich eine Partei, die Kernkraft noch vor kurzem als "Ökoenergie" gefeiert hat, glaubwürdig an die Spitze der Anti-Atom-Bewegung stellen?

Wahrscheinlich nicht, so zeigen erste Umfragen. Fast 70 Prozent der Deutschen halten Merkels Kurswechsel für ein Wahlkampfmanöver, und in Baden-Württemberg könnte der Fukushima-Schock Schwarz-Gelb die Mehrheit kosten. Eine Woche vor der Wahl, so ermittelte Infratest dimap, verlor die CDU drei Prozentpunkte an die Grünen.

Das Mißtrauen ist groß, aber Merkel sieht keine Alternative. Daß in einem Hochtechnologie-Land wie Japan eine Reaktorkatastrophe dieses Ausmaßes möglich ist, sieht sie als "Einschnitt für die ganze Welt". Weiter so? Unmöglich. Und so löst Merkel unter dem Eindruck der Schreckensbilder aus Fukushima eine politische Kettenreaktion aus, von der sich noch nicht sagen läßt, ob sie unter Kontrolle bleibt.

Der Prozeß beginnt am Freitag der vorvergangenen Woche, als in Japan um 6.45 Uhr deutscher Zeit die Erde wackelt, ein Beben der Stärke 9,0, rund vier Stunden später ruft die japanische Regierung den atomaren Notfall aus.

Während das Ausmaß der Verheerungen klar wird, sitzt Umweltminister Röttgen in einer Besprechung mit Abteilungsleitern seiner Behörde in Bonn.

Die Runde wird unterbrochen, man stellt einen Krisenstab zusammen, der Informationen sammeln und die Lage analysieren soll.

Angela Merkel ist an diesem Tag nach Brüssel geflogen. Während der Sitzung des Europäischen Rats schickt ihr das Newscenter in Berlin eine SMS nach der anderen auf ihr Handy, zusätzlich surft die Kanzlerin im Internet. Intuitiv, erzählt eine Vertraute, sei Merkel bereits Freitagabend klar gewesen, "daß die ganzen Antworten, die man nach bestem Wissen und Gewissen in der Atompolitik gegeben hat, jetzt nicht mehr reichen". Davon merkt man zunächst nichts.

Am Samstag spitzt sich die Lage in Japan zu, im ersten Reaktor gibt es eine Explosion, die Angst schwappt nach Deutschland. Umweltminister Röttgen und Kanzleramtschef Ronald Pofalla bekommen diese Angst auf dem Parteitag der NRW-CDU in Siegen zu spüren - von der eigenen Basis. Röttgen spürt, daß auch in der CDU die Stimmung kippt. Früher war das

Bekanntnis zur Kernkraft stets ein emotional bejubelter Programmpunkt bei solchen Veranstaltungen. Jetzt nicht mehr.

Merkel telefonierte am Mittag mit CSU-Chef Horst Seehofer, sie erörtern mehrere Varianten, darunter auch die Option, in der Atompolitik alles beim Alten zu belassen. Aber sie testet auch erstmals die Idee eines Moratoriums, einer kurzzeitigen Aussetzung der Laufzeitverlängerung. "Behalt es erst mal für dich", bittet Merkel.

Am frühen Abend kommen die Spitzen der Koalition im Kanzleramt zusammen. In Baden-Württemberg, wo diesen Sonntag gewählt wird, gehen zu dieser Zeit 60.000 Menschen gegen die Atomkraft auf die Straße. Wieder wird die Idee eines Moratoriums erörtert. Doch vor allem FDP-Chef Westerwelle sperrt sich gegen eine Abkehr vom alten Kurs. Man dürfe jetzt nichts übertreiben, nicht vorschnell reagieren. Die Runde geht ohne Entscheidung auseinander. Noch deutet wenig auf eine 180-Grad-Wende der Bundesregierung hin.

Zur gleichen Zeit hat der baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus seine wichtigsten Berater und Mitarbeiter zum Krisentreffen in Stuttgart versammelt. Mappus schwitzt dieser Tage viel, er war der raubeinigste Verfechter der Atomkraft in der Union, nun fürchtet er um seine Wahl am kommenden Sonntag. Die Runde beschließt, sich an Berlin zu wenden. Von dort müsse ein klares Zeichen kommen, daß die Ereignisse in Japan eine Zäsur darstellen.

Ein Moratorium wird verkündet

Den Sonntag verbringt Merkel zu Hause, sie guckt fern, scannt das Internet, telefonierte viel. Als Merkel am frühen Abend dem ARD-Journalisten Ulrich Deppendorf Rede und Antwort steht, ist sie noch ganz auf alter Linie. "Ich kann heute nicht erkennen, daß unsere Kernkraftwerke nicht sicher sind, sonst müßte ich ja mit meinem Amtseid sie sofort abschalten", sagt Merkel.

Wenig später gilt diese Linie nicht mehr. Gegen 21 Uhr versammelt sich die Koalitionsrunde im Kanzleramt. Die Teilnehmer entscheiden, die Laufzeitverlängerung auszusetzen. Bis Dienstag soll die Moratoriumsidee jedoch geheim bleiben. Dann will Merkel ihre Ministerpräsidenten davon überzeugen. Ein Kabinettsmitglied der Union wird diesen Beschluß später als "politische Panikreaktion" bezeichnen.

Während in Japan die Lage am Atomkraftwerk Fukushima weiter eskaliert, tritt am Montagmorgen das CDU-Präsidium zusammen. Umweltminister Röttgen kommt gleich zur Sache und wiederholt seine alte Forderung nach einem schnellen Ausstieg aus der Atomkraft. Er warnt vor einem "Tsunami", der die Union einzuholen drohe, falls sie jetzt kein klares Signal setze. Merkel widerspricht, auch Fraktionschef Volker Kauder und Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier sind anderer Auffassung.

Dann wird ihr die Nachricht in die Sitzung gereicht, daß Vizekanzler Westerwelle den Moratoriumsplan in Grundzügen bereits ausgeplaudert habe. Merkel ist stocksauer, eigentlich wollte sie die Idee erst am Dienstag nach ihrem Treffen mit den Ministerpräsidenten verkünden. Jetzt ist sie gezwungen, den Plan im Präsidium vorzustellen.

Einige Mitglieder sind skeptisch, Energiekommissar Günther Oettinger hat Zweifel, ob sich die Atomwende juristisch halten läßt. Begründet werden soll das Moratorium mit dem Notstandsparagrafen 19 Absatz 3 des Atomgesetzes, die Idee stammt aus Röttgens Umweltministerium. "Auf welche Rechtsgrundlage wollt ihr das denn stellen?", fragt Oettinger. "Wo kein Kläger, da auch kein Richter", antwortet die Kanzlerin.

Merkel nimmt Kontakt zu einigen Chefs der großen Stromkonzerne auf und fragt, ob sie vielleicht bereit seien, jeweils auf einen Meiler zu verzichten, zumindest vorübergehend. Das wären dann vier oder fünf, die zunächst stillgelegt würden. Die Antworten sind ausweichend.

Als die Kanzlerin am Dienstagvormittag in Berlin mit den Ministerpräsidenten jener Länder zusammentrifft, in denen Atomkraftwerke stehen, entwickelt sich eine eigenwillige Dynamik.

Plötzlich wollen alle ihre alten Meiler loswerden. Zunächst möchte der Baden-Württemberger Mappus Neckarwestheim 1 dichtmachen. Als Nächstes regt der Bayer Seehofer die Stilllegung seines Kraftwerks Isar 1 an. Dann sieht sich auch der Hesse Bouffier genötigt, sich von Biblis A zu trennen. So werden aus der eigentlich geplanten Stilllegung von vier oder fünf Kraftwerken plötzlich sieben.

Auf der anschließenden Pressekonferenz sagt Merkel, die Regierung wolle die "Energiewende beschleunigen". Es soll wie ein durchdachter Plan klingen, wie kontinuierliche Politik. In Wahrheit ist es eine Notgeburt, hastig entworfen, undurchdacht, ohne Konzept.

Das soll nun Umweltminister Norbert Röttgen liefern, der eigentliche Wende-Gewinner. Im vergangenen September war er beim entscheidenden Atomgipfel im Kanzleramt mit seiner Linie noch krachend gescheitert. Er wollte den Konzernen damals höchstens sechs Jahre zusätzliche Laufzeit zugestehen und alle Meiler gegen Flugzeugabstürze sichern lassen. Ein solcher Schutz sei zu teuer, hielten ihm Kanzlerin und Konzerne entgegen. Am Ende stand eine Laufzeitverlängerung um durchschnittlich zwölf Jahre.

Nach Fukushima läßt der Umweltminister jeden spüren, wie falsch das damals war. "Für ihn steht das jetzt unter der Überschrift Rückspiel", sagt ein Teilnehmer der Runde.

Kaum war die Sitzung vorüber, rief Röttgen in seinem Ministerium am Alexanderplatz zwei Arbeitsgruppen zusammen: Ein Team um Staatssekretär Jürgen Becker kümmert sich um den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien. Die andere Gruppe, unter Leitung des Abteilungsleiters Reaktorsicherheit, Gerald Hennenhöfer, arbeitet am beschleunigten Atomausstieg. Statt Kungelrunden mit Konzernen will Röttgen einen gesellschaftlichen Konsensprozeß initiieren, an dem Gewerkschaften, Kirchen und Umweltverbände beteiligt sein sollen. Der Minister will das Atomgesetz ändern, um ein schnelles Abschalten zu verankern.

Der zweite Ausstieg

Mehrere der älteren Reaktoren, die entweder bereits stillstehen oder in den kommenden drei Monaten zu Prüfzwecken stillgelegt werden, sollen nach seinem Willen dauerhaft vom Netz. Die verbleibenden Meiler sollen dann bis Anfang der zwanziger Jahre stillgelegt werden. Röttgen will auch zahlreiche "Nachrüstmaßnahmen" für die deutschen Atommeiler vorschreiben, wie aus einem Papier seines Ressorts hervorgeht: verbunkerte Notsteuerstellen, neue Kühlsysteme, besserer Schutz vor Wasserstoffexplosionen - lauter Maßnahmen, mit denen die Sicherheit der Reaktoren verbessert werden soll.

Zur Debatte stehen Milliardeninvestitionen, die Kernkraft in Deutschland sofort unrentabel machen würden.

"Es gibt historische Momente, die man ergreifen muß, wenn man etwas will", heißt es in seinem Hause. Von einem "Todesstoß" sprechen Vertreter der Atombranche.

Zugleich will Röttgen am kommenden Dienstag einen Plan vorlegen, wie Atomstrom rasch von Ökostrom verdrängt werden kann. Das Konzept könnte zum tiefsten Eingriff in den Energiemarkt seit Jahrzehnten werden. Röttgens Ministeriale bereiten ein Anreizprogramm für neue Stromleitungen vor, sie wollen mehr Bundesgelder zur energetischen Gebäudesanierung bereitstellen, Investitionen in Stromspeicher fördern und Vorfahrtsregeln für neue Energieinvestitionen erlassen. Unter anderem sollen die Klagemöglichkeit gegen Stromtrassen eingeschränkt und der Bau unterirdischer Kohlendioxidspeicher erleichtert werden.

Die Botschaft ist unmißverständlich: Ab sofort wetteifert das Kabinett Merkel mit Rot-Grün darum, wer der effizientere Atomausstieger ist. In so eine scharfe Kurve hat sich in der Energiepolitik noch keine Regierung zuvor begeben.

Die Eile führt zu handwerklichen Fehlern. Zuerst sagte Kanzlerin Merkel, das Atomgesetz werde ausgesetzt. Dann fiel ihr auf, daß nur das Parlament dazu befugt ist. Zuerst dachte die Regierung, das Moratorium werde kein Geld kosten. Dann rechneten Juristen vor, daß Schadensersatz fällig werden könnte, wenn Konzerne gegen die Anweisung klagen.

Die große Schwachstelle ist der Paragraph, den Röttgens Atomstrategen zum Ausgangspunkt des neuen Kurses gemacht haben. Kernkraftwerke können laut Paragraph 19 des Atomgesetzes ganz oder zeitweilig vom Staat stillgelegt werden, wenn "Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachgüter" bestehen.

Doch ist das so? Schließlich hat die Koalition denselben Anlagen noch kürzlich attestiert, sicher zu sein. Selbst im Bundesumweltministerium gibt es Zweifel. "Da legen wir das Atomgesetz sehr weitgehend aus", heißt es intern.

Nun wächst die Sorge, daß die Stromindustrie auf eine finanzielle Kompensation drängen könnte. Der Stillstand der Meiler kostet die Branche rund 500 Millionen Euro. Deshalb begann schon kurz nach der Verkündung ihres Plans ein Schwarzer-Peter-Spiel. Röttgens Chefstrategie Hennenhöfer schrieb am 16. März an die Atomländer, er "bitte" sie, die vorübergehende Stilllegung auf den umstrittenen Paragraphen 19 zu gründen. Die Länder hatten mit einer knallharten Weisung gerechnet, weshalb der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister in der ungewöhnlich höflichen Formulierung eine Falle witterte: Der Bund, so seine Vermutung, wolle mögliche Folgekosten auf die Länder abwälzen.

Am vergangenen Donnerstag intervenierte er bei Kanzleramtschef Pofalla. Der versprach, der Bund werde das Land nicht hängenlassen, wenn es Probleme gebe. Schließlich erklärte sich Niedersachsen doch bereit mitzumachen. Im Gegenzug erwartet McAllister nun in der kommenden Woche beim Treffen mit der Kanzlerin Zusagen für ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes bei der Asse-Sanierung oder bei den Castortransporten nach Gorleben.

Zahlen müßte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), dem ein beschleunigter Ausstieg ohnehin Einbußen bescheren würde. Wenn Reaktoren dauerhaft abgeschaltet werden, könnten die Einnahmen aus der Brennelementesteuer künftig um etwa ein Fünftel zurückgehen, schätzen CDU-Finanzpolitiker.

Und ausgerechnet das Programm zur CO₂-Gebäudesanierung könnte auf der Kippe stehen. 500 Millionen Euro, gut die Hälfte des Budgets in diesem Jahr, stammen aus dem Sonderfonds Energie, den die Konzerne speisen. Kein Wunder, daß in der Unionsfraktion Kritik laut wird. Ihr Chef, Volker Kauder, beruhigt seine Truppen mit der Prognose, daß in drei Monaten schon wieder alles anders sein könnte. "Ich lehne es ab, daß wir zum Start des Moratoriums schon wissen, was rauskommt", sagt er. Und der frühere CSU-Parteichef Erwin Huber warnt: "Die Union darf nicht so tun, als wäre die Energiepolitik, die sie seit Jahrzehnten vertreten hat, plötzlich alter Käse."

Noch hitziger ist vergangenen Dienstag die Stimmung in der FDP-Fraktion. Die Kanzlerin ist da, sie stellt das neue Konzept für die Euro-Rettung vor, doch die Atomdebatte dominiert. Schon wieder, so empfinden es viele Abgeordnete, wird die Fraktion von der Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt. Das sofortige Abschalten der sieben Meiler sei "ohne ein gesamtwirtschaftliches Konzept nicht zu machen", sagt der Berliner Abgeordnete Martin Lindner. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle läßt durchblicken, daß er die Vorbehalte teilt. Es sei typisch für die Deutschen, daß sie jetzt so "hysterisch" reagierten, sagt Brüderle. Keine Nation habe so hektisch Beschlüsse gefaßt wie Deutschland.

Andere frühere Atomkämpfer machen dagegen ihren Frieden mit der neuen Lage. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Georg Nüßlein, hat das Kernkraftwerk Gundremmingen im Wahlkreis stehen. Er hat es immer verteidigt. Nun sagt er: "Wenn dein Pferd tot ist, dann steig ab." Es gebe zwar noch ein paar Kollegen, die auf dem toten Gaul weiterreiten wollten. "Jetzt geht es aber um die Frage, wann und wie die Beerdigung stattfindet."

Die Meinungen in der Koalition gehen weit auseinander. Wie daraus ein konsistenter Kurs werden soll, weiß auch die Kanzlerin nicht. Das Risiko besteht, daß sich ihre Wende als Schnellschuß erweist: juristisch, finanziell und politisch.

Rot-grüne Spannungen

Der Atomausstieg war nie ein Anliegen von Unionspolitikern, er war das identitätsstiftende Projekt der ersten rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder. Bis heute feiern es Sozialdemokraten wie Öko-Aktivistinnen als einen ihrer größten Erfolge, den mächtigen Stromkonzernen ein Enddatum für die Kernenergie abgetrotzt zu haben.

Verständlich, daß die beiden Parteien nun daran anknüpfen wollen. Am 27. März, das ist die Botschaft ihrer Parteiführungen, wird in Baden-Württemberg nicht mehr nur über eine neue Landesregierung abgestimmt, sondern über die Energiewende in Deutschland. Über die Rückkehr zum Atomausstieg.

Um zu gewinnen, müssen Rote und Grüne vor allem bürgerliche Wähler gewinnen. Und die, so lautet die Analyse in den Parteizentralen von SPD und Öko-Partei, schätzen es nicht, wenn Politiker allzu rechthaberisch auftreten, schon gar nicht im Angesicht einer Jahrhundertkatastrophe. Deshalb lautet die neue rot-grüne Parole: nur nicht übertouren.

Die Grünen bemühten sich vorige Woche besonders darum, bloß nicht zu viel Triumph zu zeigen. Fraktionschef Jürgen Trittin gab sich im Bundestag betont staatsmännisch und sagte, auch für die Grünen werde es wegen der vielen neuen Stromleitungen, die nötig sind, "unbequem" werden. Man wolle sich als "Stimme der Vernunft" präsentieren, so die interne Ansage. Die Umfragen verzeichneten nach längerer Flaute wieder einen steigenden Zuspruch für die alte Anti-Atom-Partei. Der Grünen-Führung war das Beleg dafür, daß die Kraft in diesen Tagen vor allem in der Ruhe lag.

Das sollte auch der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Hans Christian Markert erleben. Der umweltpolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion mailte vorigen Donnerstag einen Neun-Punkte-Plan zum beschleunigten Ausstieg aus der Atomwirtschaft nach Berlin, der radikaler war als das rot-grüne Vorläuferkonzept.

Dem Bundesvorstand ging das entschieden zu weit. Dessen Antrag für den kleinen Parteitag am Wochenende in Mainz blieb wesentlich vager. Danach wollen die Grünen den Ausstieg zwar bis 2017, aber sie "streben" ihn lediglich an - wenn bis dahin genügend Alternativenergien zur Verfügung stehen.

Die SPD kann sich über die neue politische Großwetterlage ebenfalls nicht ungetrübt freuen. Die Genossen plagt eine begründete Angst: Im Zweifel wählen die Leute das Original, und das sind in diesem Fall die Grünen. Um so lauter muß die SPD klappern. "Die Bundesregierung hat mutwillig den Energiekonsens zerstört, den SPD und Grüne in Deutschland hergestellt hatten", sagt Thüringens SPD-Wirtschaftsminister Matthias Machnig. "Die Regierung ist gut beraten, zu diesem Energiekonsens zurückzukehren, damit spätestens 2021 das letzte Atomkraftwerk vom Netz geht."

So könnte die lautstarke Atomdebatte der vergangenen Woche paradoxerweise zu einem neuen politischen Konsens im Lande führen, mit dem rot-grünen Ausstiegsgesetz als Kompromißlinie. Die Angst vor dem Atom könnte zudem den Weg bahnen in eine grünere Energiezukunft, mit mehr Windrädern, neuen Elektrizitätsnetzen, aber auch höheren Strompreisen.

Noch ist nicht sicher, ob die Bundesbürger bereit sind, die Konsequenzen eines beschleunigten Atomausstiegs zu tragen. Höchst wahrscheinlich ist dagegen, daß es viele Europäer nicht sind.

Als die Kanzlerin vergangene Woche forderte, das Thema Atomkraft auf die Tagesordnung des europäischen Gipfels diese Woche in Brüssel zu setzen, meldeten die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens Vorbehalte an. "Frankreich unterstrich die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten zur Wahl des Energiemix", heißt es in einem Drahtbericht der Ständigen Vertretung Deutschlands in Brüssel. Noch größer war der Widerstand der Briten, wie aus der Depesche hervorgeht: "Großbritannien", heißt es in dem Bericht, warne "vor übereiltem Aktionismus".<<

02.04.2011

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. April 2011 (x887/...): >>**Was wußten die Deutschen?**

Alfred M. de Zayas belegt, daß der Holocaust ein Staatsgeheimnis war

Noch ein Buch über das, was die Deutschen von Hitlers Mega-Verbrechen wußten oder nicht wußten! Dieser Seufzer kommt dem Kenner der Literatur über die Lippen angesichts der Vielzahl einschlägiger Veröffentlichungen, zuletzt Peter Longerich: "Davon haben wir nichts gewußt" und Frank Bajohr/Dieter Pohl: "Der Holocaust als offenes Geheimnis".

Wer dennoch zu "Völkermord als Staatsgeheimnis - Vom Wissen über die 'Endlösung der Judenfrage' im Dritten Reich" von Alfred M. de Zayas greift, bereut es nicht. Das Buch ist das Ergebnis von mehr als 35 Jahren Forschung in amerikanischen, britischen, deutschen und schweizerischen Archiven sowie Hunderten von Interviews mit Zeitzeugen, Beamten, Diplomaten, Heeres-, Marine- und Luftwaffenrichtern sowie auch Anklägern und Verteidigern beim Manstein-Prozeß. So dokumentiert de Zayas, ein US-amerikanischer Völkerrechtler und Historiker, der Standardwerke über die Vertreibung und über die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts veröffentlicht hat, viel Neues und geradezu Sensationelles.

Doch zunächst zur Gliederung: Nach einer Skizze der zeitgeschichtlichen Forschung und der zeitgeschichtlichen Mängel bietet de Zayas Porträts namhafter Funktionäre des Dritten Reiches immer mit Blick auf die Frage, ob ihnen nach Kriegsende Mitwisserschaft nachzuweisen war. Einer aus dieser Galerie der Schwerstbelasteten ist Hitlers Nachfolger als Staatspräsident, Karl Dönitz, dem die Sieger in Nürnberg keine Mitwisserschaft hinsichtlich der Judenmorde anlasten konnten, und den de Zayas zweimal interviewte. Ein weiterer ist ein SS-Richter. Gönnen wir uns eine kurze Leseprobe:

"Vielleicht erscheint die Haltung Dönitz' ... (er hatte 1945 die Verfolgung der NS-Mörder angeordnet) erstaunlich ... Aber was ist unwahrscheinlicher als die Tatsache, daß die deutsche Gestapo in Lublin es war, die im Jahre 1943 die Morde in Lublin-Maidanek entdeckte und um eine Aufklärung der Morde ersuchte, und daß es der mit der Untersuchung von Korruptionsfällen beauftragte SS-Richter Dr. Georg Konrad Morgen war, der auf die Spur der Morde in Auschwitz kam und Verfahren einleitete, unter anderem gegen ... Rudolf Höß und SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann."

Was wußte der Widerstand? Sogar ein Mann wie Hellmuth James Graf von Moltke wußte nur Bruchteile. So lautet eine Einsicht, die wir der Lektüre verdanken.

Natürlich hat es über die Täter hinaus Mitwisser gegeben, nach de Zayas' Schätzung: ein Prozent Beteiligte und fünf Prozent Mitwisser. Doch Wissen allein begründet noch keine Schuld. Die beste Freundin der Mutter des Rezensenten hatte drei Söhne. Der älteste wurde, weil geistig behindert, Opfer der "Euthanasie" wie Hunderttausend andere. Also von Hitler ermordet! Das wußte die Mutter, das wußten der Vater und die Brüder (und auch wir). Dennoch taten die Männer als Soldaten weiter ihren Dienst. Was wäre die Alternative gewesen? Hätten sie den Dienst verweigert, hätte die leidgeprüfte Frau alle Söhne und ihren Mann verloren.

Gab es bei anderen Völkermorden Befehlsverweigerung in großem Umfang? Konnten die Verbrechen geheimgehalten werden, zum Beispiel die Liquidierung der Armenier? Lange Zeit ja. Und bis heute wissen es Millionen nicht oder wollen es nicht wissen.

De Zayas hat seine Forschung vollkommen unbefangen begonnen. Er hat gefragt und hinterfragt. Er stellt den Deutschen keinen Persilschein aus, lehnt aber die Kollektivschuldthese nicht nur als unhistorisch, sondern vor allem als menschenverachtend ab. Das Buch gehört in jede Bibliothek.

Alfred de Zayas: "Völkermord als Staatsgeheimnis - Vom Wissen über die 'Endlösung der Judenfrage' im Dritten Reich", ... München 2011 ...<<

16.04.2011

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. April 2011 (x887/...): >>>**Ohne Wahrheit keine Versöhnung**

Heinz Nawratil über die in der Öffentlichkeit gern verdrängten Fakten zur deutsch-polnischen Vergangenheit

Die beiden zentralen Thesen des Buches "Die Versöhnungsfalle - Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein" von Heinz Nawratil sind:

Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten fand zwar infolge des Zweiten Weltkrieges statt, war aber nicht nur zur kollektiven Bestrafung der NS-Verbrechen gedacht, sondern vielmehr die Ausführung eines Planes, der schon auf die Zeit vor Hitler zurückgeht. Daraus ergibt sich die zweite These:

Der frühere polnische Chauvinismus steht dagegen, für die Vergangenheit die Polen ausschließlich als Opfer und die Deutschen ausschließlich als die Täter der historischen Verbrechen im gegenseitigen Verhältnis zu bezeichnen.

Nawratils Thesen sind in der öffentlichen Debatte unerwünscht. Doch in seinem Buch lassen sich zahlreiche Belege finden. Diese werden gekrönt durch ein Zitat aus den Schriften des Historikers Andreas Hillgruber, an dessen wissenschaftlicher Reputation nichts zu rütteln ist: "Die Komplexität des Geschehens (im Zweiten Weltkrieg) wurde auf unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der hitlerschen Expansionspolitik und ihrer rassenideologischen Grundlage interpretiert, ohne daß die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Doch war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalsozialistische Herausforderung, es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch gelangten."

Und das Niveau unserer deutschen Verantwortlichen in dieser Thematik wird in diesem Buch aus einem Zitat des Bundeskanzlers Helmut Schmidt von 1979 deutlich:

"Wenn man ein bißchen in der Geschichte zurückdenkt oder sich orientiert, wie es damals war - 20, 30, 100 oder 200 Jahre - dann gibt es Gebiete, in denen haben nacheinander Wenden und slawische Völker, dann Polen, Russen, dann Deutsche Ritter, dann wieder Polen gesiedelt - ein ewiges Hin- und Hergeschiebe. Um Gottes willen, laßt uns da nicht wieder anfangen."

Unsere Staatsmänner haben "verinnerlicht", wie man seit ungefähr 1968 sagt, daß in der deutschen Politik nationale Akzente nach außen im Zweifel nicht konsensfähig sind und nach innen nichts bewirken, als der jeweiligen Opposition die Revanchismuskeule in die Hand zu drücken. So vorsichtig verhält sich auch unsere aktuelle Bundeskanzlerin. Anders ist es nicht erklärlich, daß sie die von Polen her rüde beleidigte Erika Steinbach schlicht im Stich ließ.

Wohlgemerkt: Dem Autor geht es keinesfalls um die nachträgliche In-Frage-Stellung der Oder-Neiße-Grenze. Denn ebenso wenig wie man von denjenigen, der über politische Merkwürdigkeiten bei unseren französischen Nachbarn berichtet, deswegen gleich behaupten kann, er wolle Elsaß-Lothringen zurückfordern, darf derjenige, der einige Einzelheiten über polnischen Chauvinismus zum Besten gibt, als Polenfeind abgestempelt werden.

Eines bleibt allerdings bestehen: In Polen scheint man sich insgeheim dessen bewußt zu sein, daß die deutschen Ostgebiete durch blutiges Unrecht, das gemäß manchen Völkerrechtlern sogar den Tatbestand des Völkermordes erfüllt, erworben worden sind. An diesem fortwehrenden Bewußtsein ändern auch die unverrückbarsten Verträge mit den deutschen Nachbarn nichts. Also muß es nach Kräften verdrängt werden, weshalb man zum Beispiel behauptet, man hätte 1945 die deutschen Ostgebiete gar nicht haben wollen.

Aber die West-Ideologen vor 1945, etwa Dmowski, hatten deren Gewinnung als eine "Rückkehr" ehemals piastischer Gebiete gefordert, die von den Deutschen nur entfremdet worden seien. Schon auf dem Prager Slawenkongreß von 1848 waren Stimmen laut geworden, die

Slawen müßten die Germanen kräftig nach Westen zurückdrängen, denn auf beiden Seiten, auf "germanischer" (deutscher) und auf slawischer, begann man damals, sich in eine Art gegenseitiger Endkampf-Stimmung hineinzusteigern.

Es ist einzuräumen - das tut der Autor allerdings nicht -, daß eine polnische West-Expansion über die 1918/19 erreichten Grenzen hinaus zwar viele publizistische Befürworter fand, aber nicht offizielle polnische Außenpolitik gewesen ist. Der Fall ist ähnlich wie mit der Außenpolitik der Zaren im 19. Jahrhundert, die man nicht für alle Grotesken des in der Intelligenz des Reiches grassierenden Panlawismus in Haftung nehmen kann. Offen bleibt jedoch dabei die Frage, wie expansiv die polnische Deutschland-Politik geworden wäre, wenn die Machtverhältnisse es gestattet hätten.

Nach der Lektüre des Buches entsteht der Eindruck, daß, da man doch nun in Europa friedlich zusammenleben muß, nach 1945 auf deutscher Seite weitaus mehr an selbstkritischer Aufarbeitung der Vergangenheit stattgefunden hat als auf polnischer. Der Autor zitiert Josef Ratzinger, der 1979 sagte, eine Liebe, die den Verzicht auf Wahrheit voraussetze, sei keine Liebe. Diese Anhebung auf die theologische Ebene ist gerade bei den Polen gerechtfertigt, da bei ihnen schon länger die Vorstellung umgeht, sie seien ein "messianisches" Volk, das eigentlich dazu da sei, eine Art göttlicher Harmonie unter den Völkern zu garantieren. Bei Papst Johannes Paul II. wurde daraus die Vorstellung, Polen müsse der EU beitreten, um diese von innen heraus moralisch zu läutern.

Mit Geschichtsklitterungen kommt man auf diesem Wege jedoch nicht vorwärts, siehe Ratzinger. Auch nicht mit dem in Polen unleugbaren Antisemitismus. Der berühmte Madagaskar-Plan zur Abschiebung der europäischen Juden war eine polnische, keine deutsche Erfindung! Das hat damit zu tun, daß ein "messianisches" Volk sich in Konkurrenz empfinden muß zum "auserwählten" Volk ...

Heinz Nawratil: "Die Versöhnungsfalle - Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein", ... München 2011 ...<<

22.04.2011

Syrien: In zahlreichen syrischen Städten ereignen sich am 22. April 2011 große Demonstrationen Präsident Assad. Während der gewaltsamen Auseinandersetzungen werden vermutlich über 70 Demonstranten getötet.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Syrischen Bürgerkrieg ab 2011 (x348/63-65): >>>Syrien: Wie alles anfang

Ein Konflikt in der Beduinenstadt Daraa im Frühjahr 2011 war der Zündfunke, der Syrien in Brand setzte. Obwohl Präsident Assad alle Forderungen der Bewohner erfüllte, begannen ausländische Kämpfer mit dem Schießen.

_ von Dorothea Schäfer

Geplant war es schon lange. Angefangen aber hat es in Daraa, einer Stadt mit knapp 100.000 Einwohnern an der Grenze zu Jordanien. Obwohl Daraa eine Beduinenhochburg ist wie Homs und Hama, hat man es anfangs im Westen so dargestellt, als sei es der Beginn einer Studentenrevolte. Das war falsch, denn den Studenten ging es in Daraa wie überall in Syrien durch die Bank gut. Es war ganz anders: Da war eine Gruppe Jugendlicher, fast noch Kinder, die Anfang Februar 2011 verantwortlich zeichneten für eine Aktion, bei der es zu Personen- und Sachschaden kam. Die Fast-noch-Kinder landeten im örtlichen Gefängnis, wo man ihnen un- gut mitspielte.

Es waren Tage vergangen, bis die Väter und Onkel und Scheichs einen Termin beim Bürgermeister erreicht hatten. Sie wurden vorstellig und baten: "Gebt uns unsere Söhne und Neffen zurück. Es sind Tage vergangen, sie hatten Strafe genug - und es sind Kinder, einige unter ihnen sind gerade erst sechzehn Jahre." Der Disput ging hin und her.

In dieser Gegend tragen die Beduinen traditionelle Bekleidung: den langen Kaftan und als Kopfbedeckung Kufiya, ein weißes oder farbiges Baumwolltuch, gehalten von einer meist schwarzen Baumwollkordel, dem Aqal. Außer im ganz privaten Umfeld gehört es sich nicht, sich ohne Kopfbedeckung zu zeigen; es wäre nicht ehrenvoll. Die Kopfbedeckung ist ein Symbol für die Ehre, insbesondere die Aqal.

"Gib uns unsere Kinder zurück - sie sind das Kostbarste, das wir haben. Wir ergeben uns Dir - sag, was Du willst. Und als Pfand unserer Unterwerfung geben wir unsere Ehre!", sagten die Väter und Onkel und nahmen - Welch ein Schritt! - zum Zeichen, wie ernst es ihnen war, vor dem Bürgermeister ihre Kufiyas und Aqals ab und legten sie auf seinen Schreibtisch. Welch Geste!

Assad stoppt die Bürokraten

Und der Bürgermeister? Der machte eine wegwerfende Geste mit dem Arm und fegte seinen Schreibtisch leer: "Weg mit diesem dreckigen Zeug..." und mit einer Handbewegung ließ er den in Kufiyas und Aqals manifestierten Stolz der Beduinen im nächstbesten Papierkorb entsorgen. Nun... daraufhin ging es recht heftig zu. Nicht nur auf dem Bürgermeisteramt - das ganze Städtchen Daraa probte den Aufstand.

Die Kunde drang ziemlich schnell zum Präsidenten, der umgehend reagierte: Die Kinder kamen, wenn auch etwas lädiert (und wie gemunkelt wird, soll wohl auch eines gefehlt haben) umgehend aus dem Gefängnis frei. Der Bürgermeister, wie auch der ebenfalls in die Affäre verwickelte Gouverneur, wurden ihres Amtes enthoben und zur Verantwortung gezogen. Und - geübt im Umgang mit all den Ethnien in seinem Land - schickte der Präsident seine Entschuldigung an die Väter, Onkel und Scheichs, einhergehend mit einer Einladung zum Gespräch im Präsidentenpalast. Ganz im Sinne der Beduinentraditionen hieß es in der präsidentialen Nachricht: "Nur ihr und ich - keiner dazwischen!"

Kaum war die Nachricht überbracht, trafen Reisebusse aus Damaskus ein, und nicht nur die Väter, Onkel und Scheichs nahmen Platz, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Jugendfreizeitheims. Der Präsident entschuldigte sich: Es hätte niemals vorkommen dürfen. Und er hörte dem zu, was ihm die Beduinen berichteten, und man diskutierte, was für die jungen Leute getan und was verbessert werden konnte. Es wurde auch erörtert, wie es überhaupt zu den Vorfällen kommen konnte - Graffiti und mutwillige Zerstörung an Gemeinschaftseigentum werden in der Region bei der jungen Generation nicht nur kaum praktiziert, sondern sind eher ziemlich unbekannt.

Zwei- bis dreimal am Tag wurde von verummten Trupps von den Dächern auf alles, was sich bewegt, gefeuert - Männer, Frauen, Kinder, Katzen, Hunde, Vieh - egal.

Die Spur führte zu einer Lehrerin, die den Jugendlichen ausführlich geschildert hatte, wie es im Westen zugeht und sie zu ihrem Tun ermutigt hatte. Von ihr hatten sie erfahren, daß dies "Revolution" sei. Ein im gegebenen Kontext eher skurril anmutendes Detail, dem man zu jenem Zeitpunkt nicht übermäßig Aufmerksamkeit schenkte - das kam erst später, als ein anderer Zusammenhang da war.

Irgendwann dann ging es im Gespräch um Wiedergutmachung. "Was wollt ihr?", fragte Assad. Das Entrichten von Blutgeld oder ähnlichen Wiedergutmachungen ist in Beduinenkreisen auch heute nichts Ungewöhnliches, sondern eine nützliche und heutzutage zunehmend praktizierte Technik, die Blutrache und ähnliche Dinge vermeiden hilft.

Da war Verschiedenes, das sie sich zum Teil lange schon für ihr Städtchen, für ihre Gemeinschaft, für die Familie gewünscht hatten. Der Präsident sagte: Ja. Und: Ja. Und dann kam ein merkwürdiger Wunsch, der zentrale Wunsch: Man habe aufgrund der Vorfälle derzeit das Vertrauen in die Obrigkeit verloren, man brauche Zeit und Abstand, um dieses wiedergewinnen zu können.

Aus diesem Grund wolle man für einen näher zu bestimmenden Zeitrahmen keine Staatsprä-

senz, insbesondere keine Polizei mehr in Daraa. Der Präsident war verblüfft: Keine Polizei? Was sei denn bei kleinkriminellen Vorfällen wie Diebstahl, Einbruch, Betrug? - "Wir schützen uns selbst", lautete die Antwort. Und die Regelung des zeitweise nicht unerheblichen Verkehrsaufkommens an zentralen Brennpunkten der City? - "Wir regeln das selbst". Assad zögerte: Für wie lange solle die Regelung denn gelten? Ein paar Wochen nur ... Nun gut. Er gewährte auch dies.

Die Väter, Onkel und Scheichs, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Jugendfreizeitheims nahmen ihre Plätze in den Bussen wieder ein und fuhren heim. Dort gab es viel zu berichten von der Reise nach Damaskus, und zunächst ließ sich alles erstaunlich gut an: Man organisierte sich selbst und es funktionierte, sogar der Straßenverkehr soll, nachdem die Beduinen die Regelung übernommen hatten, reibungsloser funktioniert haben.

Ankunft der Terroristen

Es waren keine zwei Wochen ins Land gegangen, da tauchten Fremde auf in Daraa. Erst einige, dann viele, und immer mehr. Zunächst aus Jordanien und dem Libanon, dann aus Saudi-Arabien und Ägypten. Erst einfach nur Fremde, die sich unter die Bevölkerung mischten: "Ihr seid doch wohl nicht zufrieden, nach all dem, was hier passiert ist! Ihr habt euch mit wenig abspeisen lassen! Schön blöd - reingefallen! Habt euch von der Regierung einwickeln lassen, typisch Beduinen - einfache Gemüter. Wann werdet ihr lernen, euch zu wehren? Laßt euch das doch nicht gefallen. Ihr wart doch mal Krieger - die Herren der Wüste! Und jetzt? Jetzt kuscht ihr!"

Daraa ist ein Grenzstädtchen ganz im Süden. Israel ist nicht weit, es sind nur 50 Kilometer Luftlinie nach Tiberias und 75 nach Nazareth. Nach dem sogar nur 25 Kilometer entfernten Idlib auf der jordanischen Seite ist es lediglich ein Katzensprung, ein schmaler Streifen Wüste, durch den die Grenzlinie verläuft. Wer will sie kontrollieren?

Bald kamen Hunderte und Aberhunderte, darunter ein Trupp jordanischer Krimineller und Outlaws. Die syrische Regierung beschwerte sich, Jordanien entschuldigte sich, aber die Leute blieben. Man hatte ihnen Sold gegeben und sie mit Waffen ausgestattet. Auch einige Militärs aus Nachbarländern. Zwei Generäle recht unterschiedlicher Herkunft und ohne Visum wurden festgenommen. Aus Ägypten kamen Spezialistentrupps, ebenfalls besoldet. Dieselben, die bereits erfolgreich die ersten Anstöße des "Frühlings" in Ägypten losgetreten hatten, ehe im zweiten Schritt dann die Studenten und die Jugend mobilisiert wurden.

Und dann, kurz vor Ostern 2011, ging es los: sinnlose Gewalt, Übergriffe, Schüsse, Bomben. Zwei- bis dreimal am Tag wurde von verummten Trupps von den Dächern auf alles, was sich bewegt, gefeuert - Männer, Frauen, Kinder, Katzen, Hunde, Vieh - egal. Dann kamen die Panzer. Jürgen Todenhöfer beschreibt in einem seiner Augenzeugenberichte, wie er selbst bei seinen Recherchen in einen solchen Kugelhagel aus dem Hinterhalt geriet. Er schildert auch, wie ihn die Menschen auf der Straße anhielten und ihm Vorwürfe machten, weil auf Druck des Westens die Panzer abgezogen wurden und seither mehrmals täglich wieder das Kreuzfeuer hemmungslos von den Dächern prasselt.

Scheichs und Agitatoren

Schon bald breiteten sich die Unruhen in die umliegenden Beduinengebiete aus. Selbst in den Tiefen der Wüste schwanden die Chancen auf Frieden und Glück. Dörfer, die bisher gut zusammengelebt hatten, gerieten in Feindschaft. Ein Beispiel: In einem sunnitischen Dorf gab es Gerede über Waffen in großen Mengen, die in ein alawitisches Dorf in der Nachbarschaft geliefert worden seien. Die betagten Scheichs aus beiden Ortschaften, die ein Leben lang freundschaftliche Beziehungen zwischen ihren Stämmen gepflegt hatten, trafen sich. "Was soll das? Wir hören schlechte Nachricht, daß ihr euch bewaffnet!", sagt der eine. "Ja", sagt der andere, "denn wir wissen, daß es bei euch ebenso ist."

Und auch durch diese entlegenen Gegenden zogen die Trupps der Agitatoren. "Geht nach

Homs, geht kämpfen, laßt eure Brüder nicht alleine, gemeinsam werdet ihr siegen!" Immer wieder ziehen sie durch die Dörfer, und immer wieder finden sich junge Leute, die zum einen gern ein bißchen Geld für die Familie annehmen und zudem glauben wollen, was man ihnen erzählt: daß es ehrenvoll sei, für eine gute Sache zu kämpfen, daß es gut sei, den alten Kampfgeist ihrer Vorfahren aufleben zu lassen, daß sie gute Chancen hätten, ins Fernsehen zu kommen - nicht nur in Al Jazeera, sondern sogar ins europäische Fernsehen -, daß sie zum Ruhm ihres Stammes an der neuen Regierung beteiligt sein würden und vor allem, daß die arabischen Landsleute endlich, endlich die Leistung der Beduinen anerkennen würden. ...

Was nützt es schon, dagegen zu halten und zu erklären, daß im Westen zwar täglich über Syrien berichtet wird, doch keiner ahnt, was es mit den Beduinen auf sich hat, mit den Agitatoren, mit der im Westen verherrlichten Splittergruppe der Exil-Opposition, die nicht mal einen Plan hat, wie es nach dem Sturz weiter gehen soll. Braucht sie auch nicht - da hilft der Westen dann sicher gerne aus.

Ebenso nutzlos ist es, hierzulande zu hinterfragen, warum die Medien in China und der Sowjetunion so unterschiedlich zu unseren berichten, daß man kaum glauben mag, daß vom selben Land die Rede ist. Wir sind felsenfest davon überzeugt, daß wir die Guten sind und am besten wissen, was gut für jedermann ist. Wir, der Westen, helfen gerne - sei es zum eigenen Vorteil, sei es aus uninformatem Gutmenschentum. Man nenne nur ein einziges Land in der Region, wo die Folgeschäden dieser "Hilfe" reparabel wären.

_ Dorothea Schäfer bereist das syrische Kernland, so auch Homs, Hama, Daraa und die Umgebung seit vielen Jahren. Berichte ihrer dortigen Freunde haben den obigen Artikel möglich gemacht. - Erstveröffentlichung in COMPACT 9/2012.<<

07.05.2011

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Mai 2011 (x887/...): >>"**Nicht eine ganze Generation verdammen**"

Der Völkerrechtler, Historiker und Autor Alfred de Zayas über Fragen der deutschen Zeitgeschichte

Der US-amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred de Zayas gehört seit Jahrzehnten zu den profiliertesten Autoren zu den Themenbereichen europäische Vertreibung, Kriegsverbrechen und Völkermord. Im Interview mit der PAZ spricht der langjährige Mitarbeiter der UN-Menschenrechtskommission über neueste Forschungserkenntnisse, wissenschaftliche Ethik und den im Verborgenen vollzogenen Völkermord.

PAZ: Sie haben kürzlich ein Buch veröffentlicht "Völkermord als Staatsgeheimnis" (rezensiert in der PAZ). Was meinen Sie mit diesem Titel?

De Zayas: Über Völkermord liegen viele Studien vor. Es ist an der Zeit, die Diskussion auf die Frage des Wissens zu lenken und auf die Implikationen der Mechanismen der Geheimhaltung und der Verleugnung. In totalitären Staaten wissen meistens nur wenige, was wirklich geschieht.

PAZ: Warum interessiert sich ein US-Amerikaner für dieses unbequeme Thema?

De Zayas: Wenn man die Mechanismen des Völkermords verstehen will, muß man die Fallstudien individuell untersuchen und feststellen, wer Befehlsgewalt ausübte, wer gehorcht hat, wer gewußt hat, wer geschwiegen hat. Jeder Amerikaner weiß heute über den Holocaust Bescheid. Unsere High Schools und Colleges geben Kurse und Seminare zu diesem Thema. Romane, Theaterstücke, Fernseh-Miniserien und bedeutende Hollywood-Filme beschäftigen sich mit der Shoah. Nun, jeder, der den Holocaust studiert, fragt sich, was der Durchschnittsdeutsche seinerzeit über den Holocaust wußte. Wie viel hat er erfahren und wann, was hat er geglaubt, was hat er getan, was hätte er konkret tun können?

Diese Fragen ergeben sich ganz automatisch, wenn man die Ungeheuerlichkeit des Verbrechens erkennt. Bisher aber sind die von Historikern gelieferten Antworten verallgemeinernd,

unvollständig und z.T. faktisch falsch, vor allem bezüglich des Wissens bei der deutschen Bevölkerung und den vielen Ausdrucksformen des deutschen Widerstands gegen Hitler.

PAZ: Wieso falsch?

De Zayas: Viele Darstellungen leiden an Anachronismen, sie deuten die Hitler-Vergangenheit nach dem Wissensstand unserer Gegenwart, vereinfachen, pauschalisieren, und oft sind sie überspitzt und sogar hämisch.

PAZ: Was haben sie aus den Archiven erfahren?

De Zayas: Eins ist mir schnell klar geworden: Geheimhaltung war oberstes Gebot. Das Weitergeben von Informationen und das Nachfragen war praktisch unmöglich oder jedenfalls sehr gefährlich. Hinzu kamen die Verwendung einer Tarnsprache, die Überwachung der Gerüchte durch die Gestapo und offizielle Dementis. Außerdem mußten alle Personen, die direkt etwas mit der Judenvernichtung zu tun hatten, absolutes Schweigen schwören.

PAZ: Was bringt Ihr Buch eigentlich Neues?

De Zayas: Neben vielen neuen oder wenig bekannten Dokumenten auf jeden Fall die Perspektive. Keiner hat bisher die Geheimhaltung so systematisch untersucht. Keiner hat bisher so deutlich gezeigt, daß sich keine Regierung der Welt mit der Schande eines Völkermordes besudeln will. So war der Genozid gegen die Armenier geheim, und die Befehle von Talaat Pascha und Enver Pascha waren nicht ohne Grund chiffriert. Katyn und die anderen Stalin-Morde waren nicht publik. Und man hat jahrzehntelang versucht - auch im Nürnberger Prozeß - den Mord an den polnischen Offizieren den Deutschen in die Schuhe zu schieben.

PAZ: Wie beurteilen Sie die Forschungsergebnisse ihrer Historikerkollegen?

De Zayas: Hier und da bringen sie wenig bekannte Dokumente zutage. Hier und da formulieren sie interessante Einsichten. Aber, was die Frage des Wissens über den Holocaust, und was ihre penetranten Schuldzuweisungen betrifft, finde ich ihren Ansatz falsch und ihre Methodik merkwürdig unhistorisch. Sie argumentieren anachronistisch, moralisierend, verkennen viele Zusammenhänge, ignorieren zentrale Dokumente über die Geheimhaltung und lassen etliche Nürnberger Akten, die ihre Thesen widerlegen, beiseite. Kurz: sie schreiben voreingenommen und betreiben eine undifferenzierte Geschichtsbetrachtung, eine Schwarz-Weiß-Malerei.

PAZ: Was haben andere Historiker konkret falsch gemacht?

De Zayas: Viele haben Urteile gefällt, die von den Akten einfach nicht getragen werden. Aus unzureichenden Mosaiksteinen konstruieren sie ein ganzes Bild, das eben eine Extrapolation ist, und nachweislich falsch.

PAZ: Warum schreiben deutsche Historiker so negativ über die Geschichte des Zweiten Weltkrieges?

De Zayas: Als Amerikaner muß ich immer daran denken, daß die Deutschen nicht einen, sondern zwei Kriege verloren haben. Aber es geht nicht nur um die militärischen Niederlagen, sondern vor allem um die Schande der Verbrechen, die im deutschen Namen begangen wurden. Ich kann durchaus verstehen, daß einem Deutschen dies weh tut und eine geistige Belastung darstellt. Aber Historiker müssen fähig sein, die Geschichte ohne Komplexe und ohne Ressentiments zu erforschen.

Was mich eigentlich irritiert, ist, daß manche deutschen Historiker anscheinend eine Obsession mit den NS-Verbrechen haben, und dies verblendet sie. Da scheint auch eine pseudomoralische Komponente mit im Spiel zu sein, die ich nicht recht verstehe. Man kann sich auf die eigene Brust schlagen und sich schämen für das, was man getan hat oder eben nicht getan hat. Aber auf die Brust der Eltern bzw. Großeltern zu schlagen, das halte ich für verkehrt, eigentlich für obszön.

PAZ: Wollen Sie die Kriegsgeneration etwa entlasten?

De Zayas: Nein, ich will nur wissen, wie es eigentlich war, unter welchem Gestapo-Terror der Durchschnittsbürger lebte, wie er sich gefühlt, was und wann er tatsächlich von der "End-

lösung der Judenfrage" gehört, was er getan hat, was er hätte er tun können. Mich stört, eine ganze Generation zu verdammen, nur weil sie diese unglückseligen Jahre durchlebt hat. Zweifelsohne sollten die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden, und die Geschichte sollte die Verwerflichkeit der Verbrechen dokumentieren. Aber eine pauschale Verurteilung der ganzen Kriegsgeneration stellt eine vulgäre Ungerechtigkeit gegenüber 95 Prozent der Bevölkerung dar.

PAZ: Wie erklären Sie sich die Ungeheuerlichkeit des Völkermordes?

De Zayas: Mitten im Krieg passieren fürchterliche Sachen. Es gab eine ungeheure Radikalisierung. Hinzu kam die Geheimhaltung. Lesen sie einmal die geheime Rede Heinrich Himmlers vom 4. Oktober 1943 in Posen. Da redet er von einem "niemals geschriebenen und niemals zu schreibenden Ruhmesblatt" der Geschichte Deutschlands. Verrückt. Aber so ist der Fanatismus. Und der Völkermord blieb 95 Prozent der deutschen Bevölkerung verborgen. Es gab ja kein "Wikileaks".

PAZ: Sie haben sich bereits mit anderen Fragen der deutschen Zeitgeschichte beschäftigt. Wieso?

De Zayas: In der Tat. Als ich Geschichte und Jura in Harvard studierte, entdeckte ich die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges - ein Thema, das seinerzeit total tabu war. Die Deutschen als Opfer? Keinesfalls. Nicht möglich - und doch. Es war ein Verbrechen gegen die Menschheit, und ich fragte mich, weshalb sollte dieses Verbrechen verschwiegen werden? Darum schrieb ich mein erstes Buch "Die Nemesis von Potsdam" und dann "Anmerkungen zur Vertreibung".

PAZ: Wie war die wissenschaftliche Aufnahme ihrer Bücher?

De Zayas: Eigentlich besser, als ich befürchtet hatte, obwohl es seinerzeit eine sehr tabuisierte Thematik war.

PAZ: Manche deutschen Historiker haben ihre Bücher negativ rezensiert. Was sagen Sie dazu?

De Zayas: Eigentlich war es eine kleine Minderheit. 90 Prozent der Rezensionen waren positiv - sowohl in Deutschland als auch in Amerika.

PAZ: Was monieren die Kritiker?

De Zayas: Keine Fakten, also keine Fehler meinerseits. Die Kritiker können sich einfach mit meinen Schlußfolgerungen nicht anfreunden. Dann versuchen Sie, meine Methodik anzugreifen. Man wirft mir z.B. vor, die deutschen Verbrechen auszuklammern. Dies tue ich keinesfalls. Ich habe nicht umsonst den Buchtitel "Nemesis" gewählt - Nemesis ist die griechische Göttin der Rache - denn es geht um Strafe für NS-Verbrechen, unschuldige Opfer, an denen die NS-Verbrechen gerächt wurden. In meinem Buch über die Wehrmachtuntersuchungsstelle (WUSt) findet man viele Erwähnungen von NS-Verbrechen, aber meine Forschung galt vor allem der Behördengeschichte der WUSt und deren Ermittlungen zu Verbrechen in Bromberg, Broniki, Feodosia, Grischino, Lemberg und Katyn. Diese Verbrechen geschahen eben und werden nicht durch NS-Verbrechen erledigt oder relativiert.

PAZ: In Ihrem neuen Buch sprechen Sie über die menschenrechtlichen Aspekte der Geschichtsschreibung, was meinen Sie damit?

De Zayas: Ich meine, daß Historiker eine besondere Verantwortung haben, keine pauschalen Urteile abzugeben, keine Karikaturen, Stereotype oder Verallgemeinerungen zu schaffen, die dazu führen könnten, z.B. eine ganze Generation von Menschen zu verleumden.

PAZ: Was würden Sie Ihren Lesern empfehlen?

De Zayas: 66 Jahre nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges sollten die Deutschen sich von den Dämonen dieses Krieges endlich befreien. Sie sollten versuchen, sich in die Situation der Kriegsgeneration zu versetzen, um zu begreifen, wie es eigentlich gewesen war, was es bedeutete, in einem totalitärem Staat zu leben, ohne Presse- und Meinungsfreiheit, mit der

Bedrohung des Nazi-Terrors und des Bombenterrors.

PAZ: Die Organisation "Canadians for Genocide Education" hat Ihnen Ende März an der Universität von Toronto den "Educators Award 2011" verliehen. Was bedeutet diese Ehrung?

De Zayas: Es handelt sich um einen Zusammenschluß von 53 Organisationen kanadischer Lehrer- und Bürgervereinigungen, die u.a. Armenier, Bosnier, Ukrainer, Juden, Serben, Deutsche und viele andere Vertriebene vertreten und über ihr Schicksal informieren. Da ich oft über diese "Opfer des Schweigens" berichtet habe, habe ich das Gefühl, daß sich die Arbeit gelohnt hat. Schließlich geht es um die Rechte der Opfer und man muß alles mit Ehrfurcht gedenken.<<

14.05.2011

BRD: Wilhelm von Gottberg (ehemaliger Lehrer an einer Polizeifachschule) schreibt am 14. Mai 2011 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Der 8. Mai will nicht vergehen

Totale Niederlage, millionenfaches Leid und Entrechtung wirken bis heute

Keine der heutigen Beschwörungsformeln zum Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai vor 66 Jahren als Tag der Befreiung kann verdecken: Für die Masse der Deutschen wurden die Schrecken des Krieges abgelöst durch einen Zustand der Erniedrigung, durch Ehr- und Rechtlosigkeit, durch Verzweiflung, Hungertod, millionenfache Verschleppung, Gefangenschaft und Vertreibung.

Wir wurden durch Siegerwillkür graduell zu einem Sklavenvolk degradiert. Noch heute versuchen die "befreundeten" Nachbarstaaten mit Hinweis auf die NS-Zeit den Status eines gleichberechtigten Partners zu verweigern. Mit Hinweis auf die deutsche Schuld helfen viele Angehörige der politischen Klasse in Deutschland mit, Deutschland im Status der Unmündigkeit zu halten. Den ostdeutschen Vertriebenen gegenüber ist das Wort von der stattgefundenen Befreiung am 8. Mai 1945 eine Verhöhnung ihres Schicksals und eine Mißachtung ihrer Menschenwürde. Für die Ostdeutschen bestand die sogenannte "Befreiung" aus dem Verlust von Heimat und Besitztum, für die Frauen und Mädchen beinahe ausnahmslos aus Schändung, soweit sie nicht rechtzeitig davonkamen.

Wie war die Situation am 8. Mai 1945 in Deutschland? Am 8. Mai 1945 war Deutschland besiegt und vernichtet. Seine Städte lagen in Schutt und Asche. Es wurde als Feindstaat besetzt. Deutschland mußte sich allen Forderungen der Siegermächte bedingungslos unterwerfen. Die beendete NS-Diktatur wurde für das halbe Europa ersetzt durch eine neue Diktatur, auch für die SBZ-DDR.

Rund elf Millionen Wehrmachtssoldaten gerieten bei Kriegsende in Gefangenschaft. Hunderttausende sahen gleichwohl die Heimat nicht wieder. Man "befreite" sie vom Leben, indem man ihnen schlichtweg die für die menschliche Existenz notwendige Mindesternährung verweigerte. Die vermeintliche Befreiung äußerte sich auch in der Befreiung von unserem Wirtschaftspotential aufgrund der Demontage und im Raub von Kunstschätzen, Patenten und den deutschen Auslandsvermögen.

Auch 66 Jahre nach Kriegsende haben die Befreier noch nicht die Feindstaatenklausel der Uno gestrichen, die sich ausschließlich gegen Deutschland und Japan richtet. Zwei Jahre nach der vermeintlichen Befreiung Deutschlands leisteten sich die Siegermächte noch einen besonders schändlichen Willkürakt. Mit einem Federstrich und einer unglaublich verlogenen Begründung löschten sie die Existenz des deutschen Bundesstaates Preußen aus. Deutschland war vernichtet.

Besonders schändlich ist auch die Verlängerung des Überleitungsvertrages 1990 im Zuge der Wiedervereinigung mit der DDR. In diesem Vertrag verpflichtet sich Deutschland - es muß offen bleiben, ob gezwungenermaßen oder freiwillig - gegen die Siegerwillkür nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gerichtlich vorzugehen. Nie wurde ein Land unterschiedslos und in

seiner Gesamtheit für die Hybris seiner verbrecherischen Machthaber schrecklicher bestraft. Das sind die Fakten über das Kriegsende und die Rolle der Siegermächte.

Es ist an der Zeit, daß wir nunmehr, 66 Jahre nach dem 8. Mai 1945, 66 Jahre nach der schlimmsten Zäsur, die Deutschland in seiner 1.200-jährigen Geschichte hat hinnehmen müssen, unseren Nachbarstaaten, unseren EU-Partnern und Nato-Verbündeten nachdrücklich klarmachen: Jede moralische Belehrung, jeder erhobene Zeigefinger in Richtung Deutschland hinsichtlich der schrecklichen zwölf NS-Jahre ist im 21. Jahrhundert unangebracht. Wir haben unsere Lektion, die sich aus der Zeit 1933 bis 1945 ergab, gelernt.

Das Gleiche schreiben wir den eigenen Landsleuten ins Stammbuch, die den Kult mit der deutschen Schuld jahraus jahrein gebetsmühlenartig aufs Höchste kultivieren. Diese Vertreter der politischen Klasse und der evangelischen Kirche haben es fertiggebracht, daß unser Land vor lauter Vergangenheitsbewältigung eine erfolgreiche Zukunftsbewältigung nicht mehr zustande bringt. Sie sind auch verantwortlich dafür, daß die materiellen und sozialen Grundlagen unseres Staates in beunruhigendem Maße beschädigt sind.<<

28.05.2011

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Mai 2011 (x887/...): >>Bürgerkriege drohen

Streitschrift gegen Islamisierung und Werteverfall des Christentums

Es ist fünf vor zwölf. Jedenfalls in den Augen Gideon Wolfsens, Verfasser des Buches "Der Westen dankt ab - Bürgerkrieg und Weltenbrand". Die zentrale Kritik dieser Ende 2010 unter Pseudonym erschienenen Streitschrift liegt abseits der üblichen Diskurse:

Wolfsen sieht vor allem in dem durch Abtreibungen verursachten massiven Geburtenausfall das Kernproblem. Denn dieser verweise auf eine Zerstörung der abendländischen Werteordnung. Diese begann, so Wolfsen, mit dem Ersten Weltkrieg und dessen Folgen. Damals sei ein moralisches Vakuum entstanden, das "Chaosmächte und -ideen" gefüllt hätten, allen voran die Oktoberrevolution und das Sowjetsystem mit seinem Traum vom Neuen Menschen. Immerhin kämpfe die Russische Föderation heutzutage um Anschluß an das geistige und religiöse Erbe des Landes, während Deutschland und andere "dekadente" westliche Länder keinen sichtbaren Willen zum Neuanfang offenbarten.

Im Ergebnis stehe dort der missionarisch-kämpferischen und kinderreichen muslimischen (Noch-)Minderheit eine sterbende säkularisierte (Noch-) Mehrheit gegenüber. Der einzige denkbare Rettungsanker ist laut Wolfsen in einer großangelegten Rechristianisierung und Werteerneuerung zu sehen, andernfalls drohten ethno-kulturelle Bürgerkriege. Doch statt eines selbstbewußten und vitalen Christentums gebe es überall Gleichmacherei und Materialismus.

Der Autor unterhält aus seiner Zeit als Dozent an einem sicherheitspolitisch ausgerichteten Bildungszentrum in Süddeutschland Kontakte zu Angehörigen verschiedener Nachrichtendienste. Aus Rücksicht auf deren Berufsstellung fehlen bedauerlicherweise zitierfähige Quellenhinweise.

Die Ausführungen lassen es an Deutlichkeit aber nicht fehlen: "Für die Mehrzahl der Bevölkerung ist erkennbar, daß nach dem Kollaps der kommunistischen Systeme der Islam als machtbewußte Weltanschauung uns nicht am Hindukusch bedroht, sondern im eigenen Vaterland. Er bedroht uns jedoch weniger wegen seiner Existenz, als vielmehr wegen unserer Selbstaufgabe und Selbstzerstörung ..."

Gideon Wolfsen: "Der Westen dankt ab - Bürgerkrieg und Weltenbrand", ... Aachen 2010
...<<

Mai 2011

BRD: Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtet im Mai 2011 über die EU (x869/...): >>Der Zahlmeister

Warum die EU schon vor dem Euro ein teurer Spaß war

Ein teurer Spaß: Professor Willeke rechnet vor, was die EU den Zahlmeister Deutschland bislang gekostet hat.

Im Mai war es ein Jahr her, daß der Deutsche Bundestag die Verfassung brach, die erste Griechenland-Hilfe und das Euro-Rettungspaket billigte, dem Steuerzahler Lasten in unbekannter Höhe aufbürdete und damit die Umwandlung der Euro-Zone in eine Transferunion in Gang setzte.

Damit ist gemeint, daß die Bundesregierung Kredite garantieren und Geld an andere Regierungen überweisen wird, um das gescheiterte Euro-Experiment zu verlängern. Dies nicht etwa aus Haushaltsüberschüssen, die bekanntlich auch in Deutschland nicht existieren, sondern finanziert durch die Aufnahme neuer Schulden, die auf den schon bestehenden Schuldenberg getürmt werden. In der Euro-Zone verschulden sich die Schuldner, damit die noch schlimmer Verschuldeten nicht pleite gehen. Am Ende sind wir alle Griechen.

Dabei wird verdrängt, daß die EU schon lange vor der Einführung der Einheitswährung als Transferunion funktionierte. Deutschland spielt seit Jahrzehnten den Big Spender! Mit welchen Summen, das hat jetzt Professor Franz-Ulrich Willeke, emeritierter Inhaber eines Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg, penibel vorgerechnet und durchleuchtet. Damit haben wir endlich zuverlässige, unanfechtbare Zahlen über die Umverteilung in der Europäischen Union.

Professor Willeke ist der führende deutsche Spezialist auf einem Gebiet, über das die Politiker nicht gerne sprechen. Langjährige Deutschland-Brief-Leser werden sich erinnern, daß er in unserem Dienst schon einmal über das Thema geschrieben hat. Seine neue Veröffentlichung ist soeben beim Münchener Olzog Verlag erschienen. Titel: "Deutschland, Zahlmeister der EU - Abrechnung mit einer ungerechten Lastenverteilung".

Im Prinzip handelt es sich bei der EU der aktuell 27 Mitglieder um eine Zweiklassengesellschaft: auf der einen Seite die Nettozahler, auf der anderen die Nettoempfänger. Es findet ein Wohlstandstransfer statt. Was die einen bekommen, fehlt den anderen. Was Willeke aufmacht, ist eine Schenkungsbilanz, wobei von den nationalen Beiträgen, die nach Brüssel fließen, die operativen Ausgaben der EU im jeweiligen Land abgezogen werden. 2008 sah das so aus, daß z.B. die Bundesrepublik mit 7.836.000 000 Euro (knapp acht Milliarden) den führenden Nettozahler der EU geben durfte.

Auf diese Weise mußten die Deutschen im Zeitraum 1976 bis 2008 insgesamt 170 Milliarden Euro (in D-Mark fast das Doppelte) für eine angeblich gute Sache opfern, die von den Politikern europäische Solidarität genannt wird. Da D-Mark und Euro im Laufe der Zeit arg inflationiert wurden, weil es sich um ungedeckte Papierwährungen handelte, ist der Betrag natürlich erheblich höher, wenn man ihn kaufkraftbereinigt. Professor Willeke unterstellt eine Inflationierung von 50 % und kommt so auf 255 Milliarden seit 1976 - in Preisen des Jahres 2010.

255 Milliarden. Damit könnte die Bundeswehr mehr als acht Jahre lang finanziert werden. Das würde die Bundesausgaben für Forschung und Bildung 23 Jahre lang decken. Oder der Fiskus könnte 41 Jahre lang auf die Stromsteuer verzichten, 56 Jahre lang auf die Erbschaftsteuer oder 350 Jahre lang auf die Biersteuer, was auch nicht zu verachten wäre.

Big Spender Kohl: Wie und warum die deutschen Nettozahlungen nach der Wiedervereinigung explodierten.

Daß die Lastenverteilung in der EU "ungerecht" war und ist, geht schon daraus hervor, daß Deutschland seit 1976 mehr als die Hälfte aller Nettobeiträge aufgebracht hat, nämlich die erwähnten kaufkraftbereinigten 255 Milliarden. Alle anderen Nettozahler zusammen brachten es nur auf 244 Milliarden. Willeke macht überzeugende Vorschläge, wie die Belastung unter den Nettozahlern fair aufgeteilt werden könnte, hat aber keine großen Chancen, damit Gehör

zu finden.

Interessant ist nun, was in den Jahren unmittelbar nach der Wiedervereinigung passierte. Eigentlich wäre eine Entlastung Deutschlands zu erwarten gewesen, denn nach 1990 hatte die Bundesrepublik schließlich auch die riesigen Kosten der Einheit zu tragen. Es kam anders: ausgerechnet ab 1991 stiegen die deutschen Nettobeiträge permanent an.

Von 1991 bis 1994 finanzierte Deutschland 73,7 % der gesamten Umverteilung innerhalb der EU! Das war das Dreifache dessen, was die drei anderen großen Mitgliedsländer zusammen netto aufbrachten. Die Erklärung kann nur darin liegen, daß Helmut Kohl die europäischen Freunde, die Deutschland so sehr liebten, daß sie gerne zwei davon behalten hätten, ruhigstellen wollte.

Damals, Anfang der 90er Jahre, zählte die EU noch zwölf Mitglieder. Jetzt, nach der Osterweiterung, sind es 27. Und mit der Vergrößerung hat sich der deutsche Anteil an den Nettobeiträgen immerhin auf ein Drittel reduziert, liegt aber immer noch weit über dem französischen oder dem britischen.

Die Preisfrage: Was haben die PIGS-Staaten nur mit den vielen Milliarden gemacht?

Mit den PIGS sind Portugal, Irland, Griechenland und Spanien gemeint - exakt die Staaten, die unter den Euro-Rettungsschirm flüchten mußten oder (wie Spanien) als Kandidaten gehandelt werden. Das böse Akronym PIGS wurde von den Zynikern an den Finanzplätzen London und New York erfunden.

Pervers ist nun folgendes: Nachdem die PIGS von 1976 bis 2008 (netto) 287 Milliarden Euro geschenkt bekamen und damit in heutigen Preisen 430,5 Milliarden (mehr als die Hälfte davon aus Deutschland) und nachdem ihnen der Euro jahrelang beispiellos tiefe Zinsen bescherte und dadurch die Bedienung der alten Staatsschulden massiv verbilligte, hatten sie die einmalige Chance, ihre Finanzen zu sanieren. Sie haben davon keinen Gebrauch gemacht. Sie haben schlecht gewirtschaftet. Sie haben die staatliche oder die private Verschuldung oder beide hochgefahren. Mit dem Ergebnis, daß sie jetzt zusätzlich zu den regulären Haushaltshilfen auch noch die Kredite des Rettungsschirms benötigen. Auf die Transferunion I folgte 2010 die Transferunion II.

Da stellt sich die Frage nach dem Sinn des Ganzen. Wo sind die Milliarden geblieben? Wo sind sie versickert? Niemand weiß das genau. Zumindest blieb davon der größte Schilderwald aller Zeiten. Schilder mit dem Sternenkranz auf blauem Grund, die irgendeine Baumaßnahme verkünden - immer mit dem Zusatz "kofinanziert durch die EU".

Wir sahen die Schilder an einem grotesk überdimensionierten Rathaus in einem Dorf auf den Azoren. Wir sahen sie in einer gottverlassenen Ecke der großartigen Extremadura (autonome Gemeinschaft Spaniens), wo aus unerfindlichen Gründen ein Bach begradigt und mit einem Holzgeländer ausgestattet wurde. Wir sahen sie an den leeren Autobahnen Portugals, die durch leere Gebiete führen und die in einem Zustand sind, von dem deutsche Autofahrer nur träumen können.

Und ein Bekannter, selbst in der Branche tätig, erzählte mir von EU-finanzierten Geisterbahnhöfen mit ebenfalls leeren Bahnsteigen in Griechenland und von Elektroloks, die mit Hilfe der Nettozahler für eine nicht-elektrifizierte Strecke angekauft wurden und seitdem in vandalisiertem Zustand vor sich hin rosten. Profitiert hat die neureiche Klasse der EU-Absahner. Die Länder selbst hängen am Dauertropf.

Märchenstunde: Warum es nicht stimmt, daß die deutschen Exporterfolge dem Euro zu verdanken sind.

Vor mir liegt ein Brief des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter, datiert vom 14. Dezember 2010. Zitat: "Deutschland ist in besonderer Weise begünstigt durch die europäische Gemeinschaftswährung, denn 60 % unserer Exporte gehen in den Euroraum."

Das Argument ist bekannt und geht so: Die Milliarden, die Berlin für die Euro-Rettung und überhaupt für die EU locker macht, sind gut angelegt, weil wir dafür exportieren dürfen. Dumm ist das schon deswegen, weil der Binnenmarkt, eine der großen Errungenschaften der europäischen Einigung, allen zugute kommt und weil nicht einzusehen ist, warum dafür auch noch extra gezahlt werden muß.

Wenn schon Propaganda, dann sollten wenigstens die überprüfbaren Behauptungen zutreffen. Im Schreiben unseres Staatssekretärs stimmen nicht einmal die Zahlen. In den Euroraum gingen 2010 nicht 60 % der deutschen Exporte, sondern genau 41,2 % - und in die übrige EU 19,6 %. Nachzulesen im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom März 2011.

Aus der Bundesbank-Studie läßt sich ferner entnehmen, daß den deutschen Exporterfolgen nicht im geringsten eine gemeinsame Währung zugrunde liegt. Eher im Gegenteil. Ausgerechnet in die Länder, die den Euro nicht haben, wurde 2010 weitaus mehr als 2009 exportiert: plus 43,9 % nach China, plus 27,8 % nach Rußland, plus 20,6 % in die USA und nach Japan, plus 17,5 % in die Schweiz, die den Euro haben könnte, ihn aber nicht will. Die deutschen Ausfuhren in die Euro-Zone hingegen schrumpften sowohl 2008 als 2009 und nahmen erst 2010 weit unterdurchschnittlich um 14,3 % zu.

Sicherlich sind Frankreich, die Niederlande und Österreich, um nur einige zu nennen, überaus wichtige Handelspartner. Aber das war auch der Fall vor der Euro-Einführung. Es ergibt sich ganz selbstverständlich aus der Nachbarschaft. Selbst im Vergleich mit der Zeit vor 1914 hat sich an der Struktur des deutschen Außenhandels nichts Wesentliches geändert. In Wahrheit ist der Unterschied ein ganz anderer: Vor 1999 kamen die Exportüberschüsse Deutschland zugute, seit 1999 verschwinden sie im schwarzen Loch des Euro-Systems.<<

18.06.2011

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Juni 2011 (x887/...): >>**Christliche Werte**

Vehemente Kampfansage

Das "katholische Abenteuer" Matusseks hat das Potential zu einem Bestseller der besonderen und unerwarteten Art. Nach Vorabdrucken in "Bild", "Focus" und anderen Zeitungen wissen inzwischen Millionen, wieviel Provokation der ehemalige Kulturchef des "Spiegel" zwischen die beiden Buchdeckel gepackt hat. Und es sind keine Kampfansagen, die aus Kirchenhaß und Atheismus geboren sind, wie sie einst Spiegel-Gründer Rudolf Augstein zu streuen pflegte. Matussek verteidigt mit Vehemenz und Brillanz den katholischen Glauben und die Kirche. Er macht das nicht plump oder wie ein Theologe, sondern mit dem Herzblut eines Bekehrten. Denn der Journalist war in den 70er- und 80er-Jahren ein bekennender Kommunist - und fand durch Papst Johannes Paul II. zurück zum Glauben. Er weiß daher die Schätze zu würdigen, die er in seiner strengen katholischen Kindheit erlebt hat und schreibt darüber. Matussek ist weit in der Welt herumgekommen und kennt etwa die Christenheit in Südamerika, wo Priester gegen Armut und Korruption kämpfen. Er bewundert deren Einsatz.

Wie kaum jemand anders ist Matussek in der Lage, die Verirrungen des Zeitgeistes gleichsam aufzuspießen. Hier ist er unerbittlich, scharfzüngig, provokativ. Die sonst kritisierte kirchliche Tradition findet er positiv "subversiv"; die ewigen Kirchenkritiker Hans Küng und Heiner Geißler nennt er "zwei alte, narzißtisch gekränkte Männer, die sich jeweils für den besseren Papst halten".

Oder die Kirchensteuer: Er fordert die Abschaffung dieser "Zwangsabgabe" und bezeichnet sie als eine "moderne Form des Ablaßhandels". Da erleichen evangelische und katholische Kirchenobere gleichermaßen.

Aber Matussek kann sich hier auf Papst Benedikt berufen, der vor einigen Jahren durchblicken ließ, daß man Kirchenzugehörigkeit nicht mit der Kirchensteuer und dem Empfang von Sakramenten verknüpfen dürfe. Diese Frage wird derzeit gerade höchstrichterlich geklärt.

Von solch einer Kritik müssen sich auch die "lautstarken Reformkatholiken" des katholischen Zentralkomitees, diese "Anti-Römer", provoziert fühlen, die kirchensteuerfinanziert gegen den Priester-Zölibat, für die Frauen-Weihe und demokratischere Strukturen kämpfen. Matussek wirft ihnen vor, fromme Jünger des Zeitgeistes, verkappte Protestanten zu sein und damit der Kirche zu schaden. Diese Gremienkatholiken würden sich in Staatsnähe bequem einrichten und Steuern dafür verwenden, "Glaubensbastionen und Traditionen einzureißen".

Das Lebenszeugnis eheloser Priester, ihren Verzicht auf Sexualität, hält der Autor für das heute stärkste Zeichen in einer "antibürgerlichen Gegenwart". Die Verweigerung des Koitus sei heute die "letzte Todsünde in unserer übersexualisierten Gesellschaft". Gegenüber den "Gremiensoldaten, die Reformpapiere durch Kirchenräume tragen", lobt Matussek Papst Benedikt, der den "schwersten Job" der Erde habe.

Das "katholische Abenteuer" hat das Zeug zu einem zweiten "Sarrazin" - nur auf einem anderen Gebiet. Matussek hat nicht nur die Gabe brillant zu schreiben; er verknüpft seine große Sachkenntnis in christlichen Dingen mit vielen persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen aus einem langen Journalistenleben. Gut zu lesen für alle, die Freude an Provokationen, Abenteuern und christlichen Werten haben oder sich über den Zeitgeist ärgern.

Matthias Matussek: "Das katholische Abenteuer - Eine Provokation", ... München 2011 ...<<
20.06.2011

BRD: Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25 berichtet am 20. Juni 2011:

>>**Jean Monnet als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt**

Im ersten Teil unserer Darstellung zu Jean Monnet (Zeit-Fragen Nr. 38 vom 27.9.2010 unter dem Titel "Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet") haben wir gezeigt, wie Monnet, einer der sogenannten "Gründerväter Europas", sich als internationaler Kognakhändler und Bankier in den Jahren vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg im angloamerikanischen Finanz- und Politikmilieu vernetzte. Im folgenden Teil werden wir Monnets diverse Aktivitäten bis 1945 beschreiben.

Durch diese Aktivitäten zieht sich wie ein roter Faden das Bemühen, die Souveränität der europäischen Nationalstaaten anzutasten und aufzubrechen, mit dem Ziel der Herstellung eines großräumigen Marktes, sprich Absatzmarktes im Interesse der US-amerikanischen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang muß man auch seine Aktivitäten im Kontext der französischen Politik sehen.

Im folgenden wird viel von Frankreich die Rede sein, dem ganz eindeutig - und das wird im dritten Teil unserer Untersuchung u.a. Thema sein - eine ganz bestimmte Rolle bei der Gründung der "Vereinigten Staaten Europas von Amerikas Gnaden" zugeordnet war.

Eine wohl sehr treffende Beschreibung Monnets und der Art, wie er sich bewegte, gibt die Journalistin und erste Alterspräsidentin des Europäischen Parlaments Louise Weiss (1893-1983), die Monnet recht gut kannte, in ihren Mémoires d'une Européenne: "Geniales Leuchten in den dunkelbraunen Augen des kleinen Jean Monnet, wenn er geheimnisvoll, lebendig und charmant seine Einflußnetze knüpfte, die dem Völkerbund von Anfang an eine beträchtliche Macht sicherten.

Seine Verhandlungen während des Kriegs hatten ihm alle Türen geöffnet und auch die Tresore der Finanzbastionen der City, der Wall Street, ja sogar der chinesischen Häfen. Die Eigentümer der Zeitungen kannten ihn, aber er schlich und glitt wie eine Natter zwischen den Federn ihrer Redakteure einher. Öffentlichen Verhandlungen, die ihn gefangengenommen hätten, zog er die freien Suggestionen seiner speziellen Vorstellungen vor. Er hatte so seine Art. Er war ein Eingeweihter. Diese Art faszinierte bald die ganze Welt."

Internationale Hochfinanz

Sehr früh also war Monnet ein einflußreicher Mann geworden, der eine erstaunlich breite Klaviatur besaß, insbesondere für die damalige Zeit. Er ging bei den wichtigsten politischen Füh-

ren der Londoner und New Yorker Finanzelite und den hohen Beamten des amerikanischen Außenministeriums ein und aus. 1923 hatte er den Völkerbund verlassen. Seit er 1926 Vizepräsident der neu eröffneten Europa-Abteilung der sehr mächtigen amerikanischen Investment Bank Blair & Co. geworden war, nahm er auch an Finanzoperationen von sehr hohem Niveau teil. Er organisierte die Vergabe von amerikanischen Krediten zur Stabilisierung des Franc im Jahr 1926, der des Zloty, der polnischen Währung, und im Jahr 1928 der des Leu, der rumänischen Währung.

Kurz darauf übte er seine Tätigkeit als Finanzberater in China an der Seite von Chiang Kai-shek aus, organisierte Anleihen für die chinesische Regierung und gründete auf Vermittlung von John Foster Dulles, dem späteren US-Außenminister, die Bank Monnet, Murnane & Co., um den Geldfluß nach China zu sichern. Diese Bank wird später auch einträgliche Geschäfte mit Hitler-Deutschland abschließen. Monnet fungierte als außerordentlich geschickter und erfolgreicher Verbindungsmann zwischen den Interessen der US-amerikanischen Finanz-, Geschäfts- und Politikwelt einerseits und den entsprechenden Kreisen der restlichen Welt, insbesondere Europas.

Geschäfte und Souveränitäten

So war es nicht überraschend, daß der damalige französische Premierminister Daladier (1884-1970) ihn 1938, als England noch seine Appeasement-Politik betrieb, beauftragte, in größter Diskretion für die französische Armee Flugzeuge in Amerika zu besorgen, um die desolate Situation der französischen Luftwaffe zu verbessern. Bei der Ausführung dieses Auftrages lernte er durch Vermittlung von US-Botschafter W. Bullitt den amerikanischen Präsidenten (1933-1945) Roosevelt kennen.

Die Schwierigkeiten bei diesem Projekt bestanden darin, daß Frankreich einerseits Probleme bei der Bezahlung hatte, der amerikanische Finanzminister (1934-1945) Henry Morgenthau aber die Finanzierung gesichert sehen wollte. Außerdem mußten Wege gefunden werden, das Neutralitätsgesetz zu umgehen oder außer Kraft zu setzen. Nachdem dieses im November 1939 gelockert worden war, kamen der britische Regierungsberater in Industrieangelegenheiten und Kabinettschef Chamberlains, Horace Wilson, der schon eine Schlüsselrolle in Chamberlains Appeasement-Politik gespielt hatte, und Monnet überein, die französischen und britischen Waffenkäufe zu vereinen.

Monnet, der sich schon während des Ersten Weltkriegs in London mit Waffenkäufen beschäftigt hatte, fand nun die gleichen Bedingungen vor, wie er sie schon damals gekannt hatte und übernahm auch die gleichen Funktionen. Er hatte sehr schnell verstanden, daß die Amerikaner seit dem Ersten Weltkrieg eine größere Rolle in der Welt spielten und sich darauf eingestellt.

Fusionierung der Souveränitäten

Die Idee einer engen britisch-französischen Union kam aus dem Chatham House, das von 1925 bis 1956 von dem Geschichtsphilosophen Arnold Toynbee geleitet wurde. Seit 1938 hatte man in Verbindung mit dem "Zentrum für außenpolitische Studien in Paris die Idee einer Annäherung der beiden Staaten in vielen kleinen Zirkeln unter Ausschluß der Öffentlichkeit diskutiert. Aber als Toynbee 1940 nach Paris fuhr, bekam das Projekt Publizität und Aktualität. Es wurde sozusagen lanciert: Bei seiner Rückkehr ließ Toynbee in London ein Memorandum verfassen, den ... Gründungsakt einer dauerhaften Vereinigung Frankreichs und Englands.

Dieser Plan diente auf der einen Seite dazu, Frankreich durch militärische, wirtschaftliche und politische Kooperation mit England gegen einen Angriff Hitler-Deutschlands zu stützen. Auf der anderen Seite war damit die Absicht verbunden, eine Fusion der Souveränitäten beider Länder herbeizuführen. Monnet schlug in Zusammenarbeit mit seinem Freund Vansittart dieses Projekt einer totalen Fusion der Souveränitäten vor. Die Idee war nicht ganz neu. Monnets Freund Bullitt hatte schon 1936 von "these dingy little states" in Europa gesprochen, die es

eigentlich nicht wert seien als Staaten bezeichnet zu werden.

Das Projekt war jetzt also lanciert. In England redeten insbesondere die Minister davon. In Frankreich führten es eher Intellektuelle und Pressekreise in die Diskussion ein. Bei seiner Realisierung spielte Jean Monnet eine Schlüsselrolle. 1939 begab er sich nach London und sandte parallel an den englischen Premierminister Churchill (1940 bis 1945 und 1951 bis 1955) und an den französischen Ministerpräsidenten Reynaud (Mai 1940 bis Juni 1940) eine Note, in der er seiner Befürchtung Ausdruck verlieh, daß Hitler England und Frankreich auseinanderdividieren könnte. Deswegen mußten die Verbindungen unauflöslich gemacht werden:

Die Kräfte der beiden Staaten mußten wie eine einzige Kraft eingesetzt werden. Um seiner Argumentation noch weiteres Gewicht zu geben, fügte er - ein für ihn typisches Vorgehen - hinzu: Die fast unbegrenzte Produktionskraft der Amerikaner würde sich ihnen nur dann zur Verfügung stellen, wenn sie selbst eindeutig die Bereitschaft bekundeten, gemeinsam zu kämpfen. Ansonsten könne man die Hilfe der Amerikaner vergessen. Damit wurde Monnet im September 1939 ein "alliiertes Funktionär" der britischen und französischen Regierung, der über den nationalen Interessen stand.

Auf der falschen Seite?

Als Frankreich dann in der "drole de guerre", dem "seltsamen Krieg", vom 10.5. bis 22.6.1940 Hitler-Deutschland unterlag, stellte sich für die französischen Eliten die Frage der Kapitulation und des Waffenstillstands oder des Weiterkämpfens von den französischen Kolonien aus. Durch eine gezielte Propaganda wurden die Namen von General Weygand und Marschall Pétain, beide Sympathisanten Hitler-Deutschlands und fanatische Antikommunisten, als Retter Frankreichs verbreitet.

Der aus dem Ersten Weltkrieg in gewissen Kreisen mit großem Ansehen verbundene Name des Marschall Pétain, dem sogenannten "Sieger von Verdun", verleitete viele Politiker dazu, ihm in den Waffenstillstand zu folgen. Pétain unterschrieb diesen als letzter Ministerpräsident der Dritten Republik, um danach Staatschef des neu geschaffenen Etat Français zu werden, der mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes ... die Republik abschaffte und ein mit Hitler kollaborierendes autoritäres Regime, das nach dem Regierungssitz benannte Vichy-Régime installierte.

Charles de Gaulle, der in jungen Jahren als Berufssoldat auch ein Bewunderer Pétains gewesen war, vollzog diesen Schritt nicht mit. Er verurteilte den Waffenstillstand mit Nazi-Deutschland und begab sich mit einigen Mitstreitern nach London. Von dort aus forderte er mit der Erlaubnis Churchills am 18. Juni in seinem berühmten Appel du 18 Juin über die BBC das französische Volk auf, den Waffenstillstand nicht zu akzeptieren und den Kampf an der Seite Englands und Amerikas weiterzuführen.

Nur einige wenige waren bei ihm, mit denen er dann eine Widerstandsorganisation, das Comité National Français (CNF) aufbaute. Hier in London begegneten sich Jean Monnet und de Gaulle.

Wie ist es nun zu erklären, daß Monnet, der offiziell ein erklärter Gegner Vichy-Frankreichs war, de Gaulle keineswegs unterstützte, als dieser 1940 in London begann, den Widerstand gegen die deutsche Besatzung Frankreichs zu organisieren?

Monnet fuhr in die USA, um dort im Auftrag Churchills Waffen für England zu kaufen. Er blieb dort und wurde in den harten Kern des Beziehungsnetzes im engsten Kreis um Präsident Roosevelt integriert (Dean Acheson, Staatssekretär im Außenministerium; Felix Frankfurter, Richter am obersten amerikanischen Gerichtshof; Francis Biddle, Justizminister; Phil Graham, Medienzar).

Während dieser Zeit verkehrte er auch in Exilkreisen, die gegen de Gaulle bei der amerikanischen Regierung intrigierten. Monnets diverse Argumente, de Gaulle sei ein Diktator, faschi-

stisch, psychotisch, sei Hitler ähnlich, habe keine Legitimation, die Franzosen zu vertreten usw. wurden beliebig benutzt, um ihn zu desavouieren und als Kopf einer Nachkriegsregierung unmöglich zu machen.

De Gaulles Position paßte ihnen nicht, weil er mit all ihm zur Verfügung stehender Kraft die Souveränität Frankreichs wiederherstellen wollte. Über die Landung der US-amerikanischen Flotte in Algerien wurde de Gaulle in London weder informiert, geschweige denn darin einbezogen.

Die amerikanische Regierung glaubte, in General Giraud einen passenden Mann gefunden zu haben, den sie für ihre Zwecke benutzen konnte. Er wurde im Dezember 1942 zum Hochkommissar für Französisch Nord- und Westafrika gemacht. Es mußte ihm nur noch schnell ein demokratisches Mäntelchen umgehängt werden, damit er für die Weltöffentlichkeit präsentabel wurde. Diese Aufgabe übernahm Monnet in seiner Funktion als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Einen französischen Auftrag hatte er nicht.

Die Tatsache, daß Giraud in Algerien die rassistischen bzw. faschistischen, an Hitler-Deutschland angelehnten Vichy-Gesetze gegen Juden und Résistance-Kämpfer anwandte, wurde in diesem Zusammenhang von den Machthabern als quantité négligeable angesehen. Eine Tatsache, die um so schwerer wiegt, als ohne die aktive Unterstützung von etwa 400 Widerstands-Kämpfern die Landung der alliierten Streitkräfte im November 1942 wesentlich schwieriger gewesen wäre, da die Vichy-Verwaltung erheblichen Widerstand leistete. Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß de Gaulle nicht der "Mann Amerikas" war und die Vorwürfe ihm gegenüber als Propagandalügen angesehen werden müssen.

Aktiv im Dienste Roosevelts

In Algier befolgte Monnet als direkter Sondergesandter Roosevelts dessen Aufträge. Dabei halfen ihm große Summen amerikanischer Gelder, ermöglicht durch den Lend-Lease-Act. Insgesamt erhielt Frankreich auf diesem Wege während des Krieges 4 Milliarden Dollar. Monnet organisierte damit u.a. die Versorgung der "Forces françaises libres". Dabei arbeitete er eng mit dem jungen Finanzberater Christian Valensi zusammen, der wie Monnet über ein bedeutendes Beziehungsnetz auf beiden Seiten des Atlantiks verfügte und auch nach Kriegsende maßgeblich beteiligt war an der Beschaffung amerikanischer Kredite zusätzlich zu Geldern aus dem Marshall-Plan.

Gleichzeitig boykottierte Monnet das nationale Befreiungskomitee in London unter Führung de Gaulles, der von der Gesamtheit der französischen Résistance anerkannt und mit deren Leitung beauftragt worden war. Als jedoch immer deutlicher wurde, daß es an de Gaulle kein Vorbeikommen gab, bezog man ihn mit ein, in der Hoffnung, ihn in einem großen Komitee "ertränken" zu können, d.h. kaltzustellen.

Hier in Algier wurden die konkreten Pläne für den Wiederaufbau Frankreichs und Europas nach dem Krieg entworfen und die zukünftigen "Regierungsmannschaften" aufgestellt. Monnet wirkte dabei entscheidend mit. Er selbst war im provisorischen Kabinett oder "großen Komitee" als Minister für Waffenbeschaffung, Versorgung und Wiederaufbau vorgesehen. Er brachte seine in den USA entwickelten Vorstellungen vom wirtschaftlichen Aufbau Frankreichs und Europas ein und traf bei all den Männern, mit denen er seit den Zeiten im Völkerbund Kontakte geknüpft hatte, auf offene Ohren.

Gleichzeitig versuchten Eisenhower und Roosevelt über General Giraud direkt Einfluß auf die Politik des Komitees zu nehmen, indem sie die Einstellung der amerikanischen Waffenlieferungen in Aussicht stellten für den Fall, daß Giraud seine Stellung in dem Komitee, die durchaus umstritten war bei den Franzosen, nicht behalten würde.

Monnet hatte in seinen "amerikanischen Jahren" auf Grund seiner engen Beziehungen zur dortigen Machtelite deren Vorstellungen vom Nachkriegseuropa aufgenommen. So war er eng mit dem späteren Außenminister John Foster Dulles befreundet, der 1941 in einem Artikel

vorschlug, Europa nach dem Krieg zentralistisch zu reorganisieren, und behauptete, es sei verrückt, den einzelnen europäischen Staaten wieder die volle Souveränität zuzugestehen.

Das amerikanische Magazin "Fortune" und der Journalist John Davenport, zu denen Monnet sehr enge Beziehungen unterhielt, war das Sprachrohr der Hochfinanz und der amerikanischen Kartelle.

1943 wurde dort die Gründung einer europäischen Transportgemeinschaft vorgeschlagen, die über den Staaten stehen sollte, sowie eine europäische Währungsunion, die von einer europäischen Bank dirigiert werden sollte. Europa sollte sich eng an Amerika und England anlehnen. Monnet nahm die amerikanische Botschaft auf: Schnell handeln, um Westeuropa zu einen und einen großen Markt schaffen mit oder ohne gemeinsame Behörde, schließlich Frankreich dazu anstiften, eine europäische Föderation zu schaffen, um Deutschland einzubinden.

1943 entwirft er eine Denkschrift für das CFLN, in der er die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft vorschlägt, die von einer französischen Initiative ausgehen soll, "um eine demokratische Ordnung in Europa zu schaffen. **Europa kann zu einem Staat werden, der Frieden und Glück bringt", indem er sich über die nationalen Souveränitäten erhebt.**

Die Rolle Frankreichs ist damit festgelegt: Speerspitze der europäischen Einigung mit Monnet als treibender Kraft ohne jede parlamentarische Legitimation.

Diese in den USA entwickelten Vorstellungen und Pläne für das Nachkriegs-Europa geben eine erste Antwort auf die Frage, warum die USA de Gaulle ausbooten wollten. Seine Psychiatisierung und Abstempelung als Faschist waren Mittel zu dem Zweck, den Kopf der Bewegung, die für die Souveränität Frankreichs eintrat, auszuschalten. Wenn man de Gaulle selbst liest und die Untersuchungen zu den Hintergründen der amerikanischen Außenpolitik des 20. Jahrhunderts, wie wir sie in unserem ersten Artikel angedeutet haben, einbezieht, so kommt man der Wahrheit ein weiteres Stück näher.

De Gaulle und Roosevelt - Pläne für die Welt nach dem Krieg

De Gaulle beschreibt in seinen Memoiren seine Unterhaltung mit Roosevelt im Juli 1944 in Washington. Im Laufe dieser Unterhaltung legte Roosevelt seine Strategieüberlegungen für die "Welt" nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Roosevelts Vision erschien de Gaulle mehr als beunruhigend für Europa und insbesondere Frankreich. De Gaulle führt wörtlich aus: "(Roosevelt) gedenkt nun ein internationales System zu schaffen, das auf ständige Intervention hinausläuft. Er denkt an ein Viererdirektorium: Amerika, Sowjetrußland, China und Großbritannien sollen die Weltprobleme regeln.

Ein Parlament der Vereinten Nationen soll der Macht dieser "vier Großen" einen demokratischen Anstrich geben. Aber wenn man (das heißt die USA) die Welt nicht auf Gnade und Ungnade den drei anderen ausliefern will, muß solch eine Organisation, meint Roosevelt, die Anlage amerikanischer Stützpunkte in allen Teilen der Erde und zum Teil auch auf französischem Gebiet einschließen.

Roosevelt glaubt, auf diese Weise die Sowjets in eine Gemeinschaft hineinbringen zu können, die ihre Ambitionen in Schach halten wird und in der Amerika seine Klientel um sich scharen kann. Von den "vier Großen" ist, wie er weis, das China Chiang Kai-schek von seiner Hilfe abhängig, während die Engländer, sofern sie nicht ihre Dominien verlieren wollen, sich seiner Politik beugen müssen. In bezug auf die mittleren und kleineren Länder wird er in der Lage sein, auf sie dank amerikanischer Hilfeleistungen einzuwirken.

Schließlich werden das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die amerikanische Auslandshilfe, das Vorhandensein amerikanischer Stützpunkte in Afrika, Asien und Australien dem Entstehen neuer souveräner Staaten förderlich, die die Zahl derer vermehren werden, die den Vereinigten Staaten verpflichtet sind. In solcher Perspektive können die eigentlichen Probleme Europas ... nur von nebensächlicher Bedeutung sein".

De Gaulle erkannte in dieser Konzeption einen ausgesprochenen "Willen zur Macht" und den

Willen, Europa zu dominieren. Er wies darauf hin, daß dieser Plan den Westen in Gefahr bringen würde. "Werde man nicht, wenn man Westeuropa als zweitrangig behandle, gerade der Sache schaden, der man zu dienen glaubt: der Sache der Zivilisation?" ...

"Der Westen ist es, sage ich zu Präsident Roosevelt, den man wieder aufbauen muß. Wenn das geschehen ist, wird ihn sich die übrige Welt wohl oder übel zum Vorbild nehmen. Wenn es nicht geschieht, wird es der Barbarei gelingen, alles hinwegzufegen. Westeuropa ist trotz seiner Zerrissenheit für den Westen von wesentlicher Bedeutung. Nichts kann den Wert, die Kraft, die Ausstrahlung der alten Völker ersetzen."

Roosevelt sprach dann von seiner großen Enttäuschung über das französische Volk, das sich einfach so von den Nazis hatte überrennen lassen. De Gaulle, der sehr höflich war, entgegnete ihm nichts. Aber er dachte: Wenn Amerika Frankreich sowohl nach dem Ersten Weltkrieg geholfen hätte, wie auch zu Beginn des Zweiten, oder wenn man ihn, General de Gaulle, unterstützt hätte anstelle des Vichy-Regimes, dann wäre es vielleicht anders gekommen.

Es wird damit deutlich, daß de Gaulle die angebliche Enttäuschung Roosevelts als unehrlich empfand. Er verließ Roosevelt mit der Überzeugung, daß in den Beziehungen der Staaten untereinander die Logik und das Gefühl nicht schwer wögen im Vergleich zu den Realitäten der Macht. Allein was man sich nehme und was man zu halten wisse habe Bedeutung. Frankreich könne nur auf sich selber zählen, wenn es wieder seinen Platz unter den Nationen erlangen wolle.<<